



FIGU – ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:
Zweimal monatlich

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

5. Jahrgang
Nr. 124, August/2 2019

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw., müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre des Geistes, Lehre des Lebens», mit dem Gedankengut und den Interessen, wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Glück und Unglück
Glück und Unglück sind
nicht einfach Folgen des
Daseins, die der Mensch
erfährt, sondern auch
das Resultat davon,
was er mit sich selbst
erlebt und wie er sein
Schicksal formt.

SSSC, 4. April 2011
23.33 h, Billy

Der Klimawandel als Fiebermesser einer missachteten Grundkrankheit

Bezüglich der seit Ende 2018 zunehmend in den Fokus von Politik und Medien geratenen Diskussion zum Klimawandel – mit ersten Auswirkungen bei Wahlvorgängen in der Schweiz – besteht Bedarf für eine Auslegeordnung, um die teils sehr emotional geführten Schuldzuweisungen zwischen den Polen Notstand und Verharmlosung auf eine faktenbasierte Ebene zu hieven. Dies erfordert die Anwendung von Vernunft, Unvoreingenommenheit und Verstand, jedoch sicher keine «Panik», wie eine solche vom schwedischen Teenager Greta Thunberg in Politik und Gesellschaft gefordert wird.

Zum Klimawandel

Bezüglich des Klimawandels zeigen die Daten der Klimaforscher im langjährigen Vergleich der letzten 1000 Jahre eindeutig auf, dass die durchschnittliche planetare Jahrestemperatur seit Beginn der Industrialisierung langsam, aber stetig ansteigt und dass diesbezüglich der Anstieg von CO₂ und anderen Gasen wie Methan usw. in der Atmosphäre eine entscheidende Rolle spielt. Dass dies eine Tatsache ist, dafür liegen inzwischen genügend Forschungsergebnisse vor, weshalb hier auf eine detaillierte Quellenangabe verzichtet werden kann. Differenzen gibt es aber noch – vor allem auf politischer Ebene – bezüglich der Deutung der Ursachen. Während die wissenschaftliche Seite klar einen relevanten menschlichen Einfluss aufs Klima hervorhebt, wird dies vor allem auf politischer Seite teilweise verneint und der Klimawandel als ein natürliches und zyklisch immer mal wieder vorkommendes Geschehnis bewertet (was im Prinzip stimmt), wie dies gegenwärtig wieder einmal der Fall sei. Aus den beiden verschiedenen Sichtweisen werden selbstverständlich unterschiedliche Handlungsszenarien und Dringlichkeiten abgeleitet, so beispielsweise überspitzt gesagt von einer Haltung des fatalistischen Akzeptierens eines natürlichen Phänomens bis hin zum Aufruf für Notstandsmassnahmen oder eventuell sogar zur Aufrufung des Ausnahmezustands zur Rettung der Menschheit.

Aus aktuellem Anlass beginnen wir mit einer Analyse der Forderungen der Schweizer Klimastreikenden, wie diese unter www.climatestrike.ch veröffentlicht wurden¹:

«Was wollen wir?

- Wir fordern, dass die Schweiz den nationalen Klimanotstand ausruft: «Die Schweiz erkennt die Klimakatastrophe als zu bewältigende Krise an. Sie hat folglich auf diese Krise zu reagieren und die Gesellschaft auch kompetent darüber zu informieren.»
- Wir fordern, dass die Schweiz bis 2030 im Inland netto 0 Treibhausgasemissionen ohne Einplanung von Kompensationstechnologien hat.
- Wir fordern Klimagerechtigkeit.

Falls diesen Forderungen im aktuellen System nicht nachgekommen werden kann, braucht es einen Systemwandel.»

Analyse und Deutung

Forderung Nr. 1: Da die Schweiz ein Land und deshalb im Gegensatz zu einer Person oder Behörde nicht handlungsfähig ist, ist unter der Aussage «Die Schweiz erkennt ...» die Gesamtheit der Politiker bzw. Parteien zu verstehen, und eventuell auch die Führungskräfte in Wirtschaft und Religion, da diese Kraft ihrer Funktionen und Markt- sowie Deutungsmacht usw. an den Schalthebeln und in den Einflussgremien sitzen und durch ihre Beschlüsse und Meinungen usw. «die Gesellschaft ...», also das Stimm- und Wahlvolk sowie die weiteren in der Schweiz wohnhaften Personen, «... kompetent darüber zu informieren» haben. Das Adjektiv «kompetent» wäre noch genauer zu definieren in Anbetracht der teilweise äusserst unterschiedlichen Äusserungen all der vielen Interessengruppen in der politisch-ideologischen Auseinandersetzung.

Weiter heisst es, dass die «Klimakatastrophe als zu bewältigende Krise» anzuerkennen sei, was im Klartext bedeutet, dass die Klimastreikenden es als machbar erachten, die Auswirkungen des global-bedingten Klimawandels in der Schweiz mit lokalen Massnahmen in den Griff zu bekommen, also zu bewältigen. Andersherum gesagt: Die Krise «Klimakatastrophe» werde in der Schweiz ihre Bedrohung verlieren, sobald die richtigen Massnahmen getroffen worden sind.

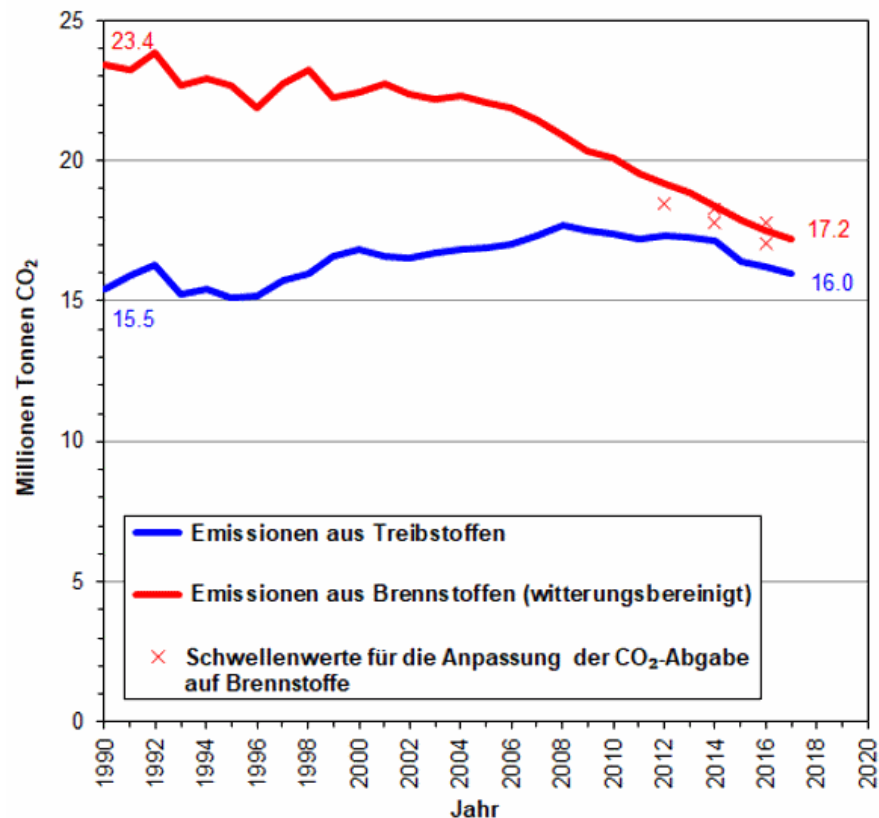
Forderung Nr. 3: Der Begriff «Klimagerechtigkeit» wird nicht näher definiert. Dies lässt mehrere Deutungen zu, wie z.B.: Jedes Land hat das Klima, das es verursacht; der Anstieg der Klimatemperatur soll alle gleich stark treffen; der sogenannte «CO₂-Fussabdruck» muss auf die ganze Menschheit einheitlich bzw. gerecht verteilt werden; wer mehr CO₂ in die Atmosphäre entlässt, muss mehr bezahlen; usw. Schlussfolgerung: Beim Begriff «Klimagerechtigkeit» handelt es sich um eine emotional aufgeladene Worthülse, die positive Assoziationen weckt und aussendet, jedoch keine klare und realistische Deutung zulässt. Die Binsenwahrheit, dass unklare Zielsetzungen zu Verzettelung und Misserfolg führen, wurde hier nicht beachtet, wobei diese Einschätzung im übertragenen Sinn auch für die zusammenfassende Forderung nach einem «Systemwandel» bei Nichtumsetzung der drei Hauptforderungen gilt.

Die Analyse der **Forderung Nr. 2** erfordert eine etwas längere Erklärung, wird doch gefordert, dass die Treibhausgasemissionen «bis 2030 im Inland» auf «netto Null» zu senken sind, und zwar «ohne Einplanung von Kompensationstechnologien».

Das folgende Diagramm des Bundesamts für Umwelt (BfU) weist die geschätzten Tonnagen an CO₂-Emissionen in der Schweiz ab 1990 aus².

¹ <https://climatestrike.ch/ueber-uns/>

² <https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/daten-indikatoren-karten/daten/co2-statistik.html>



Zusammen mit den Treibhausgasemissionen aus anderen Quellen sind gemäss Forderung die in der Graphik aufgeführten CO₂-Tonnagen auf netto Null zu senken, was im Klartext und unter Verwendung buchhalterischer Begriffe bedeutet, dass auf der Sollseite alle Einsparungen und Kompensationen gleich gross sind wie die Umweltbelastungen durch Emissionen auf der Habenseite. An einem einfachen Beispiel lässt sich das Prinzip wie folgt erklären: Das CO₂ und das Methan, welches von einem Menschen gesamthaft im Laufe seines Lebens dauernd (Tag und Nacht) freigesetzt wird, ist durch geeignete Gegenmassnahmen zu neutralisieren. Dies könnte beispielsweise derart erfolgen, dass pro Mensch eine entsprechende Anzahl Laubbäume zu pflanzen sind, und zwar berechnet in Abhängigkeit des durchschnittlichen Ausstosses von Kohlendioxid bei der Ausatmung (Leistungssportler mehr, Rollstuhlfahrer weniger) und Methan durch Verdauung, dies in Relation zur durchschnittlichen Lebenserwartung. Das dürfte pro Kopf eine schöne Anzahl Bäume ergeben. «Kompensationstechnologien», also klimaschonender Betrieb von bzw. Investitionen in Biogasanlagen, Photovoltaik, Abwärme-Nutzung, Gebäudeisolation, Wärmepumpen usw. dürfen gemäss Forderung ja nicht miteingerechnet werden. Der Emissionshandel mit CO₂-Zertifikaten – im Prinzip vergleichbar mit dem seinerzeitigen Ablasshandel in der katholischen Kirche – ist als finanzielle «Technologie» zu bewerten und fällt ebenfalls aus der Berechnung.

Nebst dem Beispiel der personenbezogenen Treibhausgasemissionen, was nebenbei erwähnt im Falle von 8 und mehr Milliarden involvierter Menschen sich zu einer ungeheuren Menge summiert – ganz zu schweigen von der noch viel grösseren Menge durch jährlich anfallende Milliarden Schlachttiere, den wasserbasierten Reisanbau, die Trockenlegung von Sümpfen, das Auftauen der Tundra, die Verbrennung fossiler Energieträger, usw. –, seien hier noch ein paar weitere nicht-technologische Möglichkeiten aufgeführt. Sie sind in gekürzter Form entnommen aus einem von Mathias Plüss geschriebenen Artikel im «Das Magazin» Nr. 13 vom 30.3.2019³, mit dem Titel «Tun sie was! Eine Anleitung von A bis Z zur Rettung der Welt.»:

- Keine grossen (übermotorisierten) Autos mehr kaufen, d.h. den Trend zu immer grösseren Autos stoppen
- Statt neue Einfamilienhäuser zu bauen, leerstehende Neubauten kaufen oder Altbauten sanft renovieren
- Denn Kaffeegenuss einschränken, denn 1 Tasse Kaffee entspricht einer Autofahrt von 1 km
- Auf Langstreckenflüge ganz verzichten, oder höchstens einen solchen alle 5 Jahre einplanen

³ <https://www.dasmagazin.ch/2019/03/29/tun-sie-was/?reduced=true>

- Statt Kurzstreckenflüge den Zug oder Car benutzen
- Duschen statt baden, wobei täglich zu duschen nicht nötig ist, denn die wenigsten Leute arbeiten in Kohleminen
- Höchstens zweimal Fleisch pro Woche, und vorzugsweise Schweinefleisch oder Poulet; Meerfisch höchstens zweimal pro Monat
- Nur soviel Lebensmittel kaufen, wie gegessen werden können, um Lebensmittelverschwendung (Foodwaste) zu vermeiden
- usw.

Soweit diese kurze Aufzählung von Massnahmen, welche die Forderung «ohne Einplanung von Kompensationstechnologien» erfüllen. Ob der Grossteil der Schweizer Bevölkerung für die konsequente Umsetzung solcher Massnahmen zu gewinnen ist, sei dahingestellt. Aber was schon jetzt mit grosser Sicherheit behauptet werden kann: Ein grosser Teil der Klimastreikenden wird sich selbst im Laufe der Zeit grosszügige Ausnahmen zugestehen. Für diese nicht gerade erbauliche und klimabezogen ernüchternd ausfallende, wohl aber realistische Einschätzung sprechen mehrere Gründe, und zwar vor allem psychologische:

- Der Mensch (nicht nur in der Schweiz) ist ein «Gewohnheitstier» und ändert seine Gewohnheiten und Rituale nur schwer um volle 180° (die vielen im Sand verlaufenen Neujahrsvorsätze lassen grüssen)
- «Zuerst kommt das Fressen, dann kommt die Moral.» (Bertolt Brecht)
- Man lässt sich von aussen nicht gerne vorschreiben, was man im Privatbereich zu tun hat
- Es fehlt ein realer Leidensdruck («Mir geht es gut», oder «ich freue mich, wenn die Sommer heisser werden», heisst es beispielsweise)
- Egoismus und Neid: «Wenn die Reichen oder die Nachbarn nichts gegen den Klimawandel tun, warum dann ich?»
- Man verharmlost und entschuldigt eigenes negatives Handeln aufgrund des sogenannten «Rebound-Effekts», beispielsweise dass wenn man energiesparende LED-Lampen verwendet, diese dann einfach viel länger brennen lässt, weil man weiss, dass diese weniger Strom verbrauchen
- usw.

Selbstverständlich sind umweltschonende Massnahmen per se sinnvoll, nur schon aus dem einfachen Grund, dass auch unsere Nachkommen in einer intakten, gesunden Umwelt leben möchten. Dies aber würde bedingen, dass die Menschheit die natürlichen Ressourcen nur soweit nutzt, als diese durch das funktionierende Ökosystem – dem Zusammenspiel von Sonne, Atmosphäre, Wetter, Bodenfruchtbarkeit, Wasserkreislauf, Artenreichtum, kosmischer Strahlung usw. usf. – laufend regeneriert werden können. Dass dies leider seit Jahrzehnten nicht mehr der Fall ist, dafür ist grundlegend und hauptsächlich ein kurzes Wort ausschlaggebend: Masse! – und zwar nicht etwa in der Form von Dollars, Flügen, Abfall, Avocados, Plastiksäckchen, Plastikstrohhalm, usw., sondern Köpfen! Menschen! Ausnahmslos jeder Mensch ist nämlich ein Konsument von «Dienstleistungen», die unser Planet uns gratis zur Verfügung stellt, wobei sich selbstverständlich das Ausmass dieser Nutzung durch einzelne Menschen teilweise sehr krass unterscheidet. Aber nichtsdestotrotz muss jeder Mensch essen, in der Regel unter Nutzung von zugeführter Wärmeenergie, und sehr oft in mehr oder weniger aufwendig industriell produzierter und qualitätsbeeinträchtigter Form, verbunden mit langen Lieferwegen. Ausserdem braucht der Mensch (viel: Zalando und Co.) Kleidung, will möglichst gut wohnen (wenn möglich ein Haus im Grünen mit Um-schwung), erwirbt bei erster Gelegenheit ein überwiegend mit Explosionsmotor versehenes Fortbewegungsmittel, und er nutzt elektrische Installationen für Licht und eine Vielzahl von Haushaltgeräten und Computern, usw., die sowohl bei der Herstellung als auch beim Betrieb fossile und andere Ressourcen verbrauchen. Und nicht zuletzt wünscht sich der Mensch Bewegungsfreiraum im Wohnbereich und im Freien, verbraucht viel Wasser und Körperpflegemittel, will möglichst im Ausland Ferien machen, kurz: Bequem und gemütlich soll es sein in seiner privaten Wohlfühl-oase. – Grundsätzlich absolut verständliche und akzeptable Gründe, da dies zumindest in einem gewissen Rahmen und Ausmass im Einklang steht mit dem grundsätzlichen Bestreben des Menschen nach Fortschritt, wie auch um Leiden (Stress usw.) zu vermeiden und zwischen der Zeit der Pfahlbauer oder «Höhlenbewohner» und heute einen möglichst grossen evolutiven Abstand zu erzielen. Aber leider gibt es einen «Störenfried», der seit mindestens 200 Jahren immer mehr Sand und Unrat ins Getriebe des Zusammenwirkens von Mensch und Umwelt streut. Es ist die Tatsache, dass inzwischen jedes Jahr global rund 100 Millionen neue Konkurrenten zum bestehenden Pulk hinzustossen, wobei diese Anzahl dem Saldo zwischen Geburten und Todesfällen entspricht! Dies bedeutet auch, dass jedes Jahr global eine ungeheure Anzahl Menschen neu auf den Arbeitsmarkt drängt. Und weil jeder Mensch als Mensch gleichwertig ist und zumindest materiell mehr oder weniger die gleichen Wünsche wie wir Schweizer hat, was anzustreben grundsätzlich nicht als ungerecht zu bewerten ist, ist die Rechnung einfach: Der Kuchen oder Braten muss in immer kleinere Stücke aufgeteilt

werden. Aber da ein gewitzter und gewichtiger Teil der Konsumenten viel früher als andere den Braten gerochen und sich deshalb egoistisch und frech rechtzeitig die Filetstücke gekrallt haben (Kolonisierung, Industrialisierung, usw.), müssen die zu spät Gekommenen mit dem Vorlieb nehmen, was im Ausverkauf übriggeblieben ist. Da sich diese aber wegen der rasanten Vermehrung in stets grösserer Anzahl konkurrieren und um die Überbleibsel balgen, werden die Stücke einerseits wie gesagt immer kleiner, und andererseits werden die entlegensten Naturgebiete laufend durch neu hingestellte «Bäckereien» und «Metzgereien» ausgebeutet und zerstört, damit die «Konsumenten» den ärgsten Hunger zu stillen vermögen. Der ganze Schlamassel wird noch verstärkt durch die Tatsache, dass in etlichen «südlich gelegenen Ländern» die Hälfte oder mehr der Bevölkerung unter 25 Jahre alt ist, was ziemliches Unzufriedenheitspotential birgt im Hinblick auf die fehlenden lohnwirksamen Arbeitsplätze. Eigentlich beunruhigende Perspektiven und Gedanken, die hier aber nicht weiter erläutert werden. Mit einer gewissen Gelassenheit aber können höchstens jene Milliarden Menschen in die Zukunft blicken, die fest daran glauben, dass alles gemäss dem Willen Gottes, Jahwes oder Allah usw. geschieht, wie sie dies durch die tägliche Anwendung von Selbstsuggestionen wie «so Gott will» oder «in schä' Allāh» ja auch zum Ausdruck bringen.

Doch richten wir den Blick nochmals auf die Schweiz, wo das Thema Bevölkerungswachstum offensichtlich keine entsprechende Relevanz aufweist, zumindest wenn die allgemeine journalistische Berichterstattung in den Hauptmedien und die Äusserungen und Beschlüsse der meisten Parteienvertreter betrachtet wird. Geflissentlich wird ganz offensichtlich eine im Untergrund des Meinungs-Mainstreams schwärende Eiterbeule sträflich missachtet und tabuisiert. Anstatt den Eiter durch einen Schnitt austreten zu lassen und dann die Selbstheilung des Körpers mit geeigneten Massnahmen zu unterstützen, wird eine Deckel-drauf-und-aus-dem-Sinn-Strategie verfolgt, was zumindest auf einen schweren Mangel an Verantwortungsbewusstsein hinweist. Dieses Handeln soll hier anhand eines kleinen, aber wichtigen Puzzleteils aus einer ganzen Reihe von politischen Fehlentscheidungen aufgezeigt werden, die entscheidend zur aktuellen Situation beigetragen haben und heute die Schweiz und deren Zukunft auch umweltbezogen belasten: Im Jahr 2002 trat das 1999 unterzeichnete und im Mai 2000 vom Volk angenommene «bilaterale Freizügigkeitsabkommen» (FZA) zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) in Kraft. Dadurch erhalten seit 2002 Staatsangehörige der Schweiz und der EU-Mitgliedstaaten das Recht, Arbeitsplatz sowie Aufenthaltsort innerhalb der Staatsgebiete der Vertragsparteien frei zu wählen. Von diesem Recht wurde ja dann auch umgehend Gebrauch gemacht, und zwar «ziemlich» einseitig. Während das Staatsgebiet der Schweiz unverändert gleich klein blieb, erhöhten sich gegensätzlich durch die sogenannte Osterweiterung sowohl die Anzahl der EU-Staaten wie auch die Menge der migrationsberechtigten EU-Bürger sehr stark! Dies sollte beim Studium der nachfolgenden Informationen im Kopf behalten werden. Ausserdem ist es wichtig, sich daran zu erinnern bzw. erstmals darüber informiert zu werden, was in der «Stellungnahme des Bundesrates» im seinerzeitigen Abstimmungsbüchlein⁴ erklärt wurde, um von der Schweizer Bevölkerung zu den sogenannten Bilateralen und insbesondere der «Personenfreizügigkeit» die Zustimmung zu erhalten: *«Keine massive Einwanderung zu befürchten»,* lautete der Titel, und dann weiter: *«Wie die Erfahrungen in der EU zeigen, sind die Ängste der Referendatskomitees, die Einwanderung aus EU-Staaten in die Schweiz werde stark zunehmen, nicht begründet. In Wirklichkeit sind die Wanderungsbewegungen innerhalb der EU gering. Unabhängige Studien kommen zum Schluss, dass negative Auswirkungen auf Arbeitsmarkt und Löhne ausbleiben. Dank den zusammen mit den Sozialpartnern ausgearbeiteten flankierenden Massnahmen besteht ein umfassender Schutz vor Lohn- und Sozialdumping. Dies ist besonders für die Grenzkantone von Bedeutung. Im Übrigen ist wegen der hohen Ärztedichte in der Schweiz auch keine massive Zunahme von ausländischen Ärzten zu erwarten.»*

Der Bundesrat erhielt im Parlament entsprechend breite Unterstützung, und zwar im Nationalrat mit 183 zu 11, und im Ständerat mit 45 zu 0 Stimmen.

Im Rückblick auf diese schicksalshafte Abstimmung muss diese Empfehlung des seinerzeitigen Bundesrates als ziemliche Fehleinschätzung bezeichnet werden, stark beschönigend ausgedrückt. Jedenfalls sind die Passagen «keine massive Einwanderung zu befürchten» und «keine massive Zunahme von ausländischen Ärzten zu erwarten» ziemlich weit von der Realität entfernt, wie sich diese unmittelbar nach der Inkraftsetzung der neuen Verfassungsbestimmungen entwickelt hat und bis heute von der seinerzeitigen massiven Fehleinschätzung stark abweicht. Der Wegfall des zuvor geltenden und Bremswirkung erzeugenden, etwas «mühsamen» (wie der Autor aus eigener Erfahrung weiss) Kontingentsystems für die Anstellung von ausländischen Arbeitskräften war ein Freipass für die Personalverantwortlichen in Wirtschaft und den Behörden. So konnten sie plötzlich und noch so gern bei der Neubesetzung von Stellen auf ein beinahe unerschöpfliches Reservoir gut ausgebildeter ausländischer Arbeitskräfte zugreifen. Ausserdem konnten dadurch die Kosten der Ärzteausbildung zu einem erheblichen Teil aufs Ausland abgeschoben werden (Numerus clausus seit 1998), wie das bis heute auch in vielen anderen akademischen Bereichen

⁴ <https://www.bk.admin.ch/bk/de/home/dokumentation/entstehung-abstimmungsbuechlein.html>

der Fall ist. Anstatt dass man damals weitsichtig für die einheimische bzw. dannzumal aktuelle Wohnbevölkerung eine langfristig ausgerichtete Bildungsoffensive forciert hätte, um den sich abzeichnenden Bedarf an Fachkräften aus möglichst eigener Kraft zusammen mit der eigenen Bevölkerung zu stemmen, öffnete man die Schleusen, was wie bekannt viele ältere Arbeitnehmer sukzessive aus dem Erwerbsleben drängte, und zwar trotz den als Schutzmassnahme vereinbarten, in Wahrheit aber ziemlich löchrigen sogenannten «flankierende Massnahmen».

Aus aktuellem Anlass sei mir an dieser Stelle ein wichtiger Einschub erlaubt: Bezüglich der bevorstehenden Abstimmung zur Verschärfung des Waffenrechts im September 2019, ausgelöst durch Forderungen seitens der EU, zeigt ein Blick auf die seinerzeitige Botschaft des Bundesrates zur Schengen-Abstimmung im Juni 2005 im Abstimmungsbüchlein⁵ folgendes: *«Ein Referendumskomitee befürchtet einschneidende Beschränkungen in unserem Waffenrecht. Diese Befürchtung ist unbegründet. Der Bundesrat ist den Anliegen der Waffen- und Schützenverbände entgegengekommen. ... Nach wie vor braucht es jedoch für den Erwerb einer Waffe keinen Bedürfnisnachweis. Ein zentrales Waffenregister ist nicht nötig und Armeeangehörige dürfen ihre Waffe weiterhin zu Hause aufbewahren. ... Finden neue Regeln keine Zustimmung, so kann der Vertrag in letzter Konsequenz gekündigt werden.»* Kommt uns die Einschätzung «ist unbegründet» nicht bekannt vor?

Doch lasst uns nun anhand der offiziellen Bevölkerungsstatistik⁶ die seinerzeitige massive Fehleinschätzung der Politiker in Exekutive und Legislative näher betrachten. Dabei ist zum nachfolgend aufgeführten Auszug aus der seit 1861 geführten Statistik erläuternd hinzuweisen: Der Saldo «Bevölkerungszunahme» setzt sich zusammen aus den personenbezogenen Veränderungen Lebendgeburten/Todesfälle = Geburtenüberschuss, Einwanderungen/Auswanderungen = Wanderungssaldo. Die Einbürgerungen sind als interessante Zusatzinformation aufgeführt, nicht jedoch die sog. «Bestandesbereinigungen». In der Spalte ganz rechts der Wert der absoluten Bevölkerungs-Zu-/Abnahme, jeweils mit Stichtag 31. Dezember.

Notabene: In der gesamten seit 1861 geführten Statistik ergab sich nur in einem einzigen Jahr ein negativer Geburtenüberschuss, nämlich im letzten Weltkriegsjahr 1918 (-2'376), wie auch eine einmalige Gesamtbevölkerungsabnahme (-14'052) im gleichen Jahr, beides wahrscheinlich verursacht durch die damals grassierende «Spanische Grippe».

Tabelle 1

Jahr	Geburtenüberschuss	Wanderungssaldo	Einbürgerungen	Zu-/Abnahme absolut
1989	20 298	33 579	10 342	53 877
1990	20 200	56 643	8 658	76 843
1991	23 566	61 440	8 757	85 580
1992	24 608	40 156	11 208	65 191
1993	21 250	39 512	12 928	60 611
1994	20 993	30 883	13 757	50 449
1995	18 816	14 458	16 795	43 335
1996	20 370	- 5 807	19 375	18 992
1997	17 745	- 6 834	19 169	15 119
1998	16 380	1 177	21 279	27 072
1999	15 905	16 149	20 363	40 907
2000	15 930	20 224	28 700	39 611
2001	11 067	41 843	27 583	58 015
2002	10 604	48 921	36 515	58 200
2003	8 778	43 027	35 424	50 295
2004	12 902	40 462	35 685	50 954
2005	11 779	36 180	38 437	44 026
2006	13 088	39 368	46 711	49 611
2007	13 405	75 459	43 889	84 755
2008	15 458	98 167	44 365	108 362
2009	15 810	74 587	43 440	83 950
2010	17 737	64 939	39 314	78 206
2011	18 717	68 118	36 012	84 528
2012	17 991	71 127	33 500	84 398
2013	17 770	87 106	, 34 061	100 571

⁵ <https://www.bk.admin.ch/bk/de/home/dokumentation/abstimmungsbuechlein.html>

⁶ <https://www.bfs.admin.ch/asset/de/su-d-01.02.04.05>

2014	21 349	76 223	32 836	98 035
2015	18 953	71 884	40 689	89 460
2016	22 919	71 030	42 937	92 424
2017	20 410	45 948	44 949	64 580
2018	18 599	45 497	?	58 193

Fett hervorgehoben der Wanderungssaldo ab 2000, dem Jahr der Zustimmung zur Personenfreizügigkeit. Die Zahlen für 2018 sind noch provisorisch (Stand 10.4.2019)⁷

Man beachte den Wanderungssaldo in den Jahren 1996-1999, also in den vier Jahren vor der Abstimmung zur Personenfreizügigkeit, und die massive Zunahme ab 2001!

Tabelle 2

1961	100'048	Wird die jährliche Bevölkerungszunahme durch Wanderungsüberschuss betrachtet, und zwar anhand der 10 Höchstzahlen, ausgehend und berücksichtigt ab dem Rekordjahr 1961, das Teil eines dreijährigen Einwanderungshochs in der seinerzeitigen Hochkonjunktur war, dann ist festzustellen, dass 8 dieser 10 Höchstzahlen seit 1961 in den Zeitraum ab Einführung Personenfreizügigkeit fallen!
2008	98'167	
2013	87'106	
1962	81'563	
2014	76'223	
2007	75'459	
2009	74'587	
2015	71'884	
2012	71'127	
2016	71'030	

Damit das Ausmass dieser jährlichen Zunahmen leichter vorstellbar wird, nachfolgend die Bevölkerungszahlen einiger mittelgrossen Schweizer Städte⁸:

Tabelle 3

	1995	2000	2005	2010	2015	Zunahme in 20 Jahren
Winterthur	87'654	88'767	93'546	101'308	106'778	19'124
Luzern	58'847	57'023	57'533	77'491 ⁹	81'284	22'437
St. Gallen	71'877	69'836	70'316	72'959	75'310	3'433
Lugano	26'000	25'872	49'223 ¹⁰	54'667	63'668	37'668
Biel/Bienne	50'733	48'840	48'735	51'203	53'667	2'934
Thun	39'094	39'981	41'138	42'623	43'303	4'209
Köniz	36'335	37'196	37'250	38'823	39'998	3'663

Zürich als grösste Stadt der Schweiz wies 2015 eine Bevölkerung von 396'027 Personen auf, die zweitgrösste Stadt, Genf, 194'565 Personen. Werden die Durchschnittszahlen von Wanderungssaldo und absoluter Bevölkerungszunahme der Jahre 2002-2017 aus der 1. Tabelle zusammengezählt, resultieren folgende Zahlen:

Tabelle 4

	2002-2017 total	Durchschnitt pro Jahr
Wanderungssaldo	1'012'546	63'285
Bevölkerungszunahme absolut	1'005'639	62'853

Mit anderen Worten: Seit 16 Jahren müssen in der Schweiz jedes Jahr für eine Bevölkerung in der Grösse der Stadt Lugano mehr Wohnraum, mehr Fahrzeuge, mehr Lebensmittel, mehr Schulen und Strassen usw. usf. zur Verfügung gestellt werden!

Die Folgen: Mehr Zersiedelung, mehr Strassen, mehr Stau, mehr Lärm, mehr Abgase, mehr Sauerstoffverbrauch, mehr Energie für Kochen, Heizen und Warmwasser, mehr Abwasser, mehr Abfall, mehr Freizeitverkehr, mehr Flug- bzw. Reiseverkehr, mehr Beanspruchung von Sozialleistungen durch prozentual mehr ausländische Bezüger, zunehmende Mehrsprachigkeitsprobleme in den Schulen, höherer Stromverbrauch, intensivere Nutzung von Sendeleistung im Telekommunikationsbereich, weniger landwirtschaftliche Fläche, vermehrt (bewusster und unbewusster) Dichtestress, verstärkte Individualisierung im

⁷ <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home.assetdetail.7966033.html>

⁸ https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_St%C3%A4dte_in_der_Schweiz

⁹ Luzern: Gemeindefusion mit Littau 2010

¹⁰ Lugano: 2002 und 2003 Eingemeindung von Nachbargemeinden

zwischenmenschlichen Bereich, anzahlmässige Erhöhung der Straftatbestände, tendenziell eine Verminderung des Sinnes und des Einsatzes fürs Gemeinwohl wegen Rückzug ins Private, usw. usf.

Ergänzend ist festzuhalten, dass die Bevölkerungsdichte¹¹ in der Schweiz von rund 206 Personen pro km² eigentlich viel höher anzusetzen ist, wenn die unbewohnbaren Gebirgszonen, Seen, Wälder, Strassen und Industrieanlagen usw. sinnvollerweise aus der Rechnung entfernt werden.

Schlussfolgerungen

Dass sich die Denkweise und das konkrete Verhalten der Schweizer Bevölkerung wegen der aktuell im Vordergrund stehenden Klimadiskussion im grossen Stil grundlegend ändern wird, ist, wie bereits weiter oben erwähnt, nicht wahrscheinlich. Seit längerem und gegenwärtig mit erhöhter Intensität wird der Blick für eine realistische Gesamtschau stark behindert durch ideologisch und emotional geführte Schwarzweiss-Kampagnen und Grabenkämpfe. Vom eigenen Standpunkt und der eigenen politischen Präferenz (vorwiegend parteienbezogen) abweichende Meinungen werden reflexartig, d.h. ohne entsprechende neutrale Prüfung, als populistisch, verdummend, hetzerisch, rechts- oder linksextrem oder fanatisch usw. negiert und verurteilt. Ein solches Handeln zeugt von gestörtem oder fehlendem Demokratieverständnis, da sich einerseits in allen politischen Lagern vernünftige Erkenntnisse finden lassen – nebst leider viel Unvernünftigem –, und weil andererseits sich die Menschen in der Schweiz nur dann als willensmässige und zweckgerichtete Schicksalsgemeinschaft einigermassen geordnet in die Zukunft bewegen können, wenn eine Konsensbereitschaft aufrechterhalten wird. Dabei müssen grundlegende und zutiefst schweizerische Werte wie umfängliche Sicherung und Bewahrung der direkten Demokratie, bewaffnete Neutralität und Weltoffenheit standfest gepflegt und verteidigt werden, weil diese Werte besonders in der heutigen Zeit der politisch, militärisch, finanziell, wirtschaftlich und von Migrationsdruck geprägten instabilen Weltlage wieder besonders aktuell und wichtig sind. Fanatismus, Besserwisserei, Selbstgerechtigkeit, Hass und Überheblichkeit sind absolut ungeeignet, wenn es darum geht, Probleme realistisch zu analysieren und mit geeigneten Mitteln ursächlich zu lösen. Was nicht zielführend ist und in der Regel nur Verlierer oder Verletzte produziert, sind Stellungskriege mit ideologisch-fanatischen Scheuklappen und Mustern, wie beispielsweise folgende:

- Pflanzenanbeter versus Fleischfresser
- Grenzen weit öffnen versus Totalabschottung
- Tiervereidolisierung versus Tier-KZ
- «Gutmenschentum» versus Hedonismus
- Opferschutz versus Täterverständnis
- Religiöser Glaube versus Technologiegläubigkeit
- Heimatüberhebung versus Heimatverrat, usw.

Da die Schweiz die direkte Demokratie (die genau genommen einer Halb-Demokratie entspricht¹²) als Staatsform aufweist und lebt – dies übrigens im Gegensatz zu allen anderen Ländern der Erde, die keinen Demokratien entsprechen, weil die Bevölkerung nicht direkt mitbestimmen und mitentscheiden, sondern lediglich (wenn überhaupt) ihre Leithammel wählen darf –, müssen grundlegende Verbesserungen im Umgang mit der Umwelt einerseits individuell und privat, wie aber auch schrittweise mittels Abstimmungen erfolgen. Parlamentarische oder präsidentiale Dekrete sind hier also zumindest in Friedenszeiten nicht möglich. Dies erfordert von der Bürgerschaft konstantes Mitdenken und Engagement in allen politischen, gesellschaftlichen und freiheitlichen usw. Belangen, aber auch Verantwortung für das Gesamtwohl zu tragen. Dies sollte von jedem Schweizer Bürger und jeder Schweizer Bürgerin, aber auch von hier lebenden und die Sicherheit und Annehmlichkeiten der Schweiz geniessenden Menschen mit ausländischem Pass stets im Hinterkopf bedacht werden.

Es liegt nun am einzelnen Menschen in der Schweiz, zu entscheiden, welche Haltung und welches Bestreben an den Tag gelegt werden will im Hinblick auf die sich stetig verschärfenden Bedrohungen sowohl aufgrund globaler Ursachen, wie auch aufgrund wachsender Zwietracht usw. im Inland. Nachstehend ein paar als Denkanstoss zu bewertende Handlungsvariablen, die zu überprüfen und mit dem eigenen Verhalten zu vergleichen sich lohnen könnte:

- Bequem im Sessel sitzend, mit Schauern in den Medien die Berichte über den nächsten Taifun, das nächste Grossbeben, den nächsten Bürgerkrieg usw. zur Kenntnis nehmen, und vielleicht auch mal etwas an die «Glückskette» oder an ein Tierschutz-Hilfswerk zu überweisen, denn man ist ja kein Unmensch und weiss, dass es einem gutgeht.

¹¹ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/37146/umfrage/laender-mit-der-hoechsten-bevoelkerungsdichte/>

¹² weil der Bundesrat und die Bundesrichter nicht direkt vom Volk gewählt werden

- «Ich kann mich nicht auch noch mit den Problemen der Welt befassen, da ich genug eigene Probleme habe.»
- «Die Politiker machen doch, was sie wollen; sie schauen nur für sich, also gehe ich nicht mehr abstimmen.»
- «Alle vereint gegen die SVP.»
- «Was kann ich als einzelner schon ausrichten? Es kommt wie es kommen muss.»
- «Der Verzehr von tierischen Produkten ist ein Verbrechen.»
- «Der Mensch ist von Natur aus, d.h. gemäss seinem Metabolismus ein Omnivore, ein «Alles(fr)esser», weshalb der Verzicht auf den Verzehr von tierischen Produkten widernatürlich ist.»
- My car is my castle! «Wehe ihr vergällt mir das Autofahren durch zu hohe Treibstoffpreise!»
- «Was soll all dieses Geschrei vom Klimawandel? Ich jedenfalls merke nichts davon.»
- «Gestern habe ich an der Aktienbörse wieder ein schönes Schnäppchen gemacht.»
- Unkontrollierte und nur auf den wirtschaftlichen Profit ausgerichtete Einwanderung ist zu stoppen.
- Nur wenn das massive, ungebremste Bevölkerungswachstum global gestoppt wird, können die schlimmsten Auswirkungen zumindest abgemindert werden. Damit wirksame Massnahmen getroffen werden können, muss das Thema zuerst überall zuoberst auf die Agenda gelangen. Die Schweiz kann damit beginnen.
- Ausser Verzicht auf die Zeugung von Nachkommen gibt es keine anderen humane (!) und rasch wirksame Massnahmen. Alle andere zukünftigen Massnahmen und Folgen werden sich als unmenschlich herausstellen.
- Entwicklungshilfe muss sich vor Ort darauf konzentrieren, die dortige Bevölkerung zu befähigen, die von ihr im eigenen Land selbst verursachten Probleme aus eigener Kraft zu meistern (Selbstverantwortung tragen).
- Hungerhilfe fördert das Elend, weil dies reine Symptombekämpfung ist und zudem wegen der Gratisabgabe von Nahrungsmitteln usw. unter anderem die Landwirtschaft im betreffenden Land schädigt.
- Gründung einer «multinationalen Friedenskampf-Truppe», bestehend aus charakterlich gefestigten Militärpersonen aller Länder und unter Führung eines Gremiums von Personen, die weitgehend gefeit sind gegen profitorientiertes, glaubensbasiertes, selbstsüchtiges und indoktrinierendes Denken und Handeln. Diese Truppe würde überall dort mit einer grossen Übermacht intervenieren, wo despotische Regimes die Bevölkerung drangsalieren, oder wenn psychopathische Staatsmächte Kriege führen wollen. Alle Verursacher an den Hebeln der Macht wären umgehend und lebenslang aus dem Verkehr zu ziehen.

Ob sich Vernunft, Verstand, Selbstverantwortungstragung und Weitsichtigkeit gegenüber Egoismus, Ideologie, Selbsttäuschung und Kurzsichtigkeit durchsetzen werden, wird sich zeigen. Die Chancen dafür stehen leider schlecht. Aber immerhin kann der einzelne Mensch in seinem individuellen Wirkungskreis die notwendigen Schritte einleiten und entsprechende Prioritäten setzen.

Ausblick

Will die Erdenmenschheit als Gesamtes überleben, dann kommt sie nicht darum herum, sich anzahlmässig sehr stark zu reduzieren, was ein langer, harter Weg über Generationen und Jahrhunderte bedeutet. Dabei müssen auch Eingriffe in die persönliche Entscheidungsfreiheit bezüglich Kinderzeugung erstmals begriffen, und dann auch akzeptiert werden. Immer mehr Menschen auf einer begrenzten und wegen Übernutzung immer weniger fruchtbaren Kontinentalfläche führen zwangsläufig in eine Sackgasse. Je rascher Gegensteuer gegeben wird – und wofür das Thema überhaupt erst einmal sachlich und weltweit prioritär behandelt werden müsste –, desto weniger Menschen werden eines vermeidbaren frühzeitigen, unwürdigen und elendiglichen Todes sterben. Was uns zurückführt zu den eingangs zitierten Forderungen der jungen Streikenden: Anstatt den aktuell aufgeführten, wie bewiesen unklaren, nicht zielführenden und unrealistischen Forderungskatalog weiter zu verfolgen, sollte dieser radikal umformuliert werden, und zwar ausgerichtet auf die Bekämpfung aller irdischen Grossprobleme an deren Wurzel, nämlich der Bevölkerungswachstums-Katastrophe. Nachstehend und abschliessend ein entsprechender Formulierungsvorschlag als Diskussionsgrundlage:

«Ihr alle an den Schalthebeln der Macht in Politik, Wirtschaft und Religion, wir fordern von euch:

- Stoppt unverzüglich euer egomanisches, inkompetentes und überhebliches Palaver und verantwortungsloses Verhalten. Genug der bewusstseinsmässigen Vernebelungsaktionen!
- Zeigt euch endlich eurer Führungsfunktion würdig, oder macht Platz für jene, die statt Eigennutzen und dem Predigen des irrsinnigen Mottos «stetiges Wirtschaftswachstum ist alternativlos» das langfristige Gemeinwohl fest im Blick behalten.
- Die Grundursachen und Brandbeschleuniger des umweltbezogenen und zwischenmenschlichen Schlamassels – Bevölkerungswachstum und lokal Migration – müssen unverzüglich breit disku-

tiert werden, damit das Bewusstsein für die Dringlichkeit der Problematik heranreifen kann, wodurch dann auch ursächlich wirkende, vernünftige und zielführende Massnahmen eingeleitet werden können.

Hopp jetzt!»

Christian Frehner, Schweiz
10. April 2019

LINKS 2, 3, 4, LINKS 2, 3, 4 oder: im Gleichschritt zur identitätslosen Gleichheit

Autor Vera Lengsfeld Veröffentlicht am 2. Februar 2019

VON GASTAUTOR JOSEF HUEBER

*Die Grundlagen und Früchte unseres kulturellen und ökonomischen Wohlstands, der **Freiheit** und **Toleranz**, sind dabei, abgeschafft zu werden. Deren dazugehörige, aus aufgeklärtem Denken erwachsene Prinzipien, **Zweifel** und **Widerspruch**, Voraussetzung für Fortschritt in Philosophie und Wissenschaft, sehen vielerorts derselben Zukunft entgegen. Die von der politischen Elite stets gepriesene Diversität ist ein Scheinanspruch, da es in Wirklichkeit um die Beseitigung von Individualität zum Zwecke einer gleichgestalteten Gesellschaftsmasse geht.*

ICH DENKE (WIE ALLE) – ALSO BIN ICH

Es gibt im öffentlichen Raum fixierte Meinungen, die bedürfen keiner intellektuellen, argumentativen Rechtfertigung. Sie wird nur von demjenigen (meist) aggressiv gefordert, der das öffentlich Gedachte bezweifelt. Diese sakrosankten Meinungen gelten als sine qua non, als absolutes Muss für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, für die Verhinderung von „Spaltung“. In der grossen Politik, bis hinab auf die Ebene familiärer und freundschaftlicher Beziehungen, regieren sie nicht hinterfragbar. Aus eigener oder fremder Erfahrung weiss man, dass ein Zuwiderdenken häufig sogar die Aufkündigung von Freundschaften, mögen sie noch so lange Bestand gehabt haben, nach sich ziehen kann.

WIDERSPRUCH IST ABSURD

Den Inhalten von Mainstream-Ansichten mit Begründungen zu widersprechen gleiche dem absurden Ansinnen, den uns umgebenden Sauerstoff beim Atmen abzulehnen und zu behaupten, man bräuchte einen anderen, um leben zu können. Widerspruch heisst demnach, eine Realität zu fordern, die es nicht geben kann, weil sie für die Jünger des intellektuellen Gleichschritts nicht denk- und vorstellbar ist.

DOGMEN ALS ANTWORTEN AUF FRAGEN AN DIE ZUKUNFT

Die axiomatisch gefestigten Dogmen des von Zweifeln freien Denkens, von den Medien geprägt und täglich offen oder verdeckt transportiert, sind für die Mehrheit der Deutschen die Antworten auf die Fragen unseres gesellschaftlichen und kulturellen Fortbestands. Sie gelten als alternativlose Interpretation der Lebenswirklichkeit. Kritisches Nachfragen, ja sogar Ablehnung von Theorien und Ideologien, einst Garant für wissenschaftlichen und kulturellen Fortschritt, sind in der Gegenwart nur insoweit erlaubt, als sie zielorientiert auf den axiomatisch vorgegebenen Ausgangspunkt zurückführen.

IMMIGRATION UND KULTURELLE IDENTITÄT

Zur Demonstration diene die Problematik der **Immigration**, die in Politik und Öffentlichkeit gebetsmühlenartig als Zielpunkt politischer Sinnfindung präsentiert wird.

Die politisch korrekte Argumentation lässt sich folgendermassen wiedergeben: *Die in Europa, besonders in Deutschland, rapide fortschreitende, gesellschaftliche Transformation nicht als hoffnungstragend, sondern als existentiell bedrohend zu bezeichnen und zu unterstellen, dass sie Richtung nimmt auf eine Vernichtung unseres kulturellen Gepräges, zeuge von paranoider Angst, Schwarzmalerei, von einem Mangel an global verpflichtender Humanität und globalem Denken.*

Die christlichen Kirchen und linksgrüne Politik marschieren hier, erschreckend einig, im Gleichschritt.

RATTENFÄNGER GIBT ES NUR RECHTS

Kritisches Nachfragen oder Ablehnung dieses Axioms, gar Widerstand gegen dieses chimärenhafte Gedankengebäude, gilt als Beweis, Opfer von populistischen Rattenfängern und deren reaktionären bis faschistoiden Ansichten geworden zu sein.

DIFFAMIERUNG DER PERSON ALS ARGUMENT?

Argumente von Politikern wie Orbán, die sich weigern, illegale Migrantenströme aufzunehmen, sondern entschlossen sind, ihre Landesgrenzen nicht zur Farce werden zu lassen und zu schliessen, werden nicht

gehört. Dass diese „Populisten“ falsch liegen, gilt als ein Apriori. Als Beweis ihrer indiskutablen Einstellung und Politik genügt die persönliche Diffamierung, das argumentum ad personam, die Fokussierung auf die Person.

DER JUDE IST KEIN JUDE – ODER DOCH?

Max Frisch hat in seiner unübertroffenen, dramatischen Parabel „Andorra“ vorgeführt, wie das Beharren der „Öffentlichkeit“ auf der Lüge in einer Akzeptanz der Lüge durch das Opfer der Lüge endet. Der Protagonist Andri, als vorgegeblicher „Jude“ be- und misshandelt, in Wirklichkeit aber ein nicht-jüdisches, unehe-liches Kind, wird so weit getrieben, dass er zu dem Schluss kommt: „Es gibt Menschen, die verflucht sind, und man kann mit ihnen machen, was man will, ein Blick genügt, plötzlich bist du so, wie sie sagen.“

ANDORRA – EINE WARNUNG AN DEUTSCHLAND

Die beharrliche Verunglimpfung nicht-öffentlichkeitskonformen Denkens beabsichtigt und bewirkt eine Gleichschaltung, deren widerspenstige Adressaten in Gefahr sind, an der Wahrheit ihrer eigenen Identität zu zweifeln und sich nicht mehr zu ihr zu bekennen.

Quelle: <https://vera-lengsfeld.de/2019/02/02/links-234/>

Das Ende freier Wahlen: Brandenburgs rot-rot-grüner Angriff auf das Grundgesetz

Autor Vera Lengsfeld Veröffentlicht am 5. Februar 2019

VON RAMIN PEYMANI AUF LIBERALE WARTE

Dass Grüne und Linke ein ziemlich flexibles Verständnis der Grundrechte haben, ist wahrlich nichts Neues. Vor allem verweigern sie diese gerne all jenen, die anderer Meinung sind als sie selbst. Für besonders gefährlich hält die links-grüne Front dabei den „alten weissen Mann“, den sie bis heute in der Rolle des Unterdrückers sieht, der sich an jeglicher Minderheit zu schaffen macht. Seit Jahren ist er Zielscheibe ihrer Angriffe: Er hat angeblich nicht nur den „Brexite“ verursacht, sondern auch Donald Trump zum Präsidenten gemacht und die Willkommensparty für muslimische Zuwanderer verdorben.

Dass all das durch Fakten widerlegt ist, stört das links-grüne Lager nicht. Ein Feindbild wird benötigt, wie immer, wenn faschistische Ideologien die Massen hinter sich bringen wollen. In Brandenburg geht rot-grün nun noch einen Schritt weiter: Ab 2020 dürfen Parteien nur noch die Hälfte aller Listenplätze für Wahlen an Männer vergeben. So will es das nun von der Koalition aus SPD und Linkspartei mit den Stimmen der Grünen im Landtag verabschiedete Gesetz. Es war nur ein kleiner Schritt vom Kampf gegen den „alten weissen Mann“ hin zum Kampf gegen den Mann an sich. Natürlich rühmt man sich in Brandenburg einer Grosstat im Ringen um die Gleichberechtigung. Ob ein Gesetz dafür die Lösung ist, das selbst nach Auffassung des Parlamentarischen Beratungsdienstes des Brandenburger Landtags gegen das Grundgesetz verstösst, darf aber sicher bezweifelt werden. Mit Sorge fragt sich der neutrale Beobachter, welche Quoten wohl als nächstes festgeschrieben werden. Etwa welche für Migranten? Für Religionsgruppen? Oder für die Abbildung unterschiedlicher sexueller Orientierungen?

Wer behauptet, das vermeintliche schwache Geschlecht werde in Parteien am Fortkommen gehindert, entwirft schlicht und ergreifend ein Zerrbild

Es wäre in der Tat wunderbar, wenn in jeder Partei genauso viele Frauen mitwirkten wie Männer. Es ist aber nun einmal eine Tatsache, dass dies nicht so ist. Die Gründe sind vielfältig und keineswegs nur darin zu suchen, dass Männer sich rabiater durchsetzen, wenn es um Posten und Mandate geht. Das mag für das letzte Jahrhundert gegolten haben, doch zeigt ein Blick auf die heutige Parteiszene, dass Frauen im Verhältnis zu ihrem Anteil eben gerade nicht mehr heillos unterrepräsentiert sind, wenn es um die Besetzung von Positionen geht. Parteivorsitzende gehören inzwischen zum Standard nahezu aller Bundestagsparteien, wir haben seit mehr als 13 Jahren eine Bundeskanzlerin, ja selbst die Verteidigungsministerin ist heute eine Frau. Wer da noch behauptet, das vermeintliche schwache Geschlecht werde in Parteien am Fortkommen gehindert, entwirft schlicht und ergreifend ein Zerrbild. Vielmehr ist die aktive Politik eben für viele Frauen einfach nicht das Feld, in dem sie sich wohlfühlen. Wer in Parteien etwas werden will, muss zuvor mitunter jahrelang bereit sein, seine kostbare Freizeit in zähen, unproduktiven Parteisitzungen zu verbringen. Da fällt so mancher Frau verständlicherweise Besseres ein. Männer sind da oft anders, wobei sich viele (Ehe-)Frauen fragen, ob es von besonderer Klugheit zeugt, einem Hobby nachzugehen, das vor allem Ärger und Mühe macht. Umgekehrt will es Männern nicht recht einleuchten, dass Frauen sich zum Tennisspielen verabreden, um dann fast die gesamte „Spielzeit“ am Netz stehend den neuesten Klatsch auszutauschen. So ist das eben mit den Geschlechtern – man wird sie niemals gleich machen können. Und das ist gut so!

Unser Grundgesetz legt eindeutig fest, dass keinerlei Vorgaben darüber gemacht werden dürfen, welches Geschlecht bei Wahlen zum Zug kommt

Das religionsgleich betriebene Gender-Mainstreaming hat schon viele absurde Blüten getrieben. Dass sich dessen Verfechter offen gegen das Grundgesetz wenden, ist allerdings ein neuer Tiefpunkt. Zu Ende gedacht, müssen sich die Brandenburger Verfassungsfeinde die Frage gefallen lassen, welche Regelungen sie dafür vorsehen, dass sich Transsexuelle auf Listenplätze bewerben. Nehmen diese einem Mann oder einer Frau den Platz weg? Was, wenn ein Kandidat sich nach der Listenaufstellung für ein neues Geschlecht entscheidet? Muss dann eine neue Liste her? Und warum beschränken sich die Gleichmacher nur auf eine paritätische Regelung für zwei Geschlechter, wo es nach links-grüner Lesart doch viele weitere gibt? Man könnte schmunzeln über so viel Irrsinn, ginge es nicht um die Grundfeste unserer Demokratie. Denn unser Grundgesetz legt eindeutig fest, dass keinerlei Vorgaben darüber gemacht werden dürfen, welches Geschlecht bei Wahlen zum Zug kommt. Allen Fraktionen lag das Gutachten der Parlamentsjuristen vor, aus dem dies hervorgeht. Mit seinem Beschluss hat der rot-rot-grüne Block also vorsätzlich gegen das Grundgesetz verstossen. Offenkundiger kann man sich nicht ausserhalb der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stellen. Wäre dies nicht Anlass genug, die Regierungsparteien Brandenburgs und ihre grünen Helfer zum Prüffall für den Verfassungsschutz zu erklären? Wie weit muss der neue deutsche Faschismus gehen, bis eine Mehrheit endlich bereit ist, sich ihm in den Weg zu stellen? Vermutlich noch sehr viel weiter. Kommende Generationen werden so fassungslos auf uns zurückblicken wie wir auf unsere Grosseltern.

Quelle: <https://vera-lengsfeld.de/2019/02/05/das-ende-freier-wahlen-brandenburgs-rot-rot-gruener-angriff-auf-das-grundgesetz/>

Nach TV-Auftritt und Brief an Orban: Ungarische Regierung bedankt sich bei Silvana Heißenberg



5. Februar 2019 – 20:00

Silvana Heißenberg

Ende Dezember 2018 gab die deutsche patriotische und nicht regierungskonforme Schauspielerin Silvana Heißenberg auf Anfrage des ungarischen öffentlich-rechtlichen Senders *M1* (vergleichbar mit der deutschen *ARD* oder österreichischem *ORF*) ein TV-Interview. Sie berichtete darin über die brandgefährlichen Zustände, die seit 2015 durch die nicht nur geduldete, sondern sogar seitens der Regierung geförderte Massenmigration in Deutschland herrschen. Weiters auch über ihr persönliches Schicksal und ihr Buch "Hochverrat – Die Zerstörung einer Nation und meiner Existenz". Silvana Heißenbergs Karriere als Schauspielerin endete in Deutschland, weil sie öffentlich Kritik an der deutschen Regierungs- und Asylpolitik äußerte. *Unzensuriert* berichtete darüber.

Nach Interview Brief an Orbán

Das Interview wurde in deutscher Sprache geführt und in die ungarische Sprache synchronisiert. Silvana Heißenberg kam sehr gut bei der ungarischen Bevölkerung an, die Presse und das ungarische Radio berichteten ebenfalls und wiederholt darüber.

Nach diesem Interview schrieb die Schauspielerin einen Brief an den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán. Das Schreiben wurde ebenfalls in der ungarischen Presse veröffentlicht und mit großem Interesse verfolgt. Hier der Brief:

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Victor Orbán,

Ich bin sehr glücklich darüber, dass wir in Europa noch echte Staatsmänner wie Sie haben. Gerade für Ihre Haltung in der Asylpolitik, muss ich Ihnen ein sehr großes Kompliment aussprechen. Sie sprechen klar und deutlich die Gefahren dieser gefährlichen Asylpolitik an und lassen sich diese nicht für Ungarn aufdrängen.

Sie verraten nicht ihr eigenes Land und Volk, wie es in Deutschland geschieht.

Ich war lange Jahre in Deutschland eine erfolgreiche Schauspielerin und Model, bis ich öffentlich unsere deutsche Regierung und die Asylpolitik kritisierte. In den deutschen öffentlich rechtlichen Sendern wurde ich daraufhin diffamiert, über mich wurden Lügen verbreitet, und ich bin in die ganz rechte Ecke gedrängt worden, nur weil ich mich öffentlich kritisch äußerte und auf die Gefahren dieser Masseninvasion, seit 2015, aufmerksam mache. Ich war zu keiner Zeit Mitglied in einer Partei.

In Deutschland ist seit Ende 2015 die Kriminalität durch viele der illegalen Migranten explosionsartig angestiegen, was sogar das Bundeskriminalamt zugeben muss. In ganz Deutschland geschehen täglich Gewalttaten durch viele Migranten, von Raub, Einbrüchen, Erschleichen von Sozialgeld durch Mehrfachidentitäten, schwere Körperverletzungen, sexuelle Nötigungen, Vergewaltigungen, Morde, Terroranschläge und vieles mehr, was unsere Regime-Sender und Regime-Presse vertuschen wollen.

Unsere Frauen haben Angst, in der Dunkelheit alleine rauszugehen. Eltern haben Angst um ihre Kinder. Öffentliche Feste werden in Deutschland nun massiv gesichert, damit keine weiteren Terroranschläge und Übergriffe passieren. Weihnachtsmärkte werden mit Betonsäulen geschützt und durch Polizisten mit Maschinengewehren gesichert. Auch dieses Jahr wurden an Silvester Schutzzonen für Frauen errichtet, damit unsere Frauen Schutz finden vor den sogenannten "Schutzsuchenden"!

Unsere Regierung unternimmt nichts, um das deutsche Volk zu schützen. Im Gegenteil, die deutsche Regierung tut alles, um Deutschland weiter mit völlig kulturfremden Menschen zu überfluten und zu überfremden, was Hochverrat und Landesverrat am eigenen Volk ist. Im Amtseid schworen unsere Politiker u. a. "Schaden vom Volk" fernzuhalten, sie tun genau das Gegenteil.

Unsere Regierung ist linksfaschistisch, antideutsch, sozialistisch und diktatorisch/autokratisch. Jeder Kritiker wird wirtschaftlich ruiniert, öffentlich diffamiert, politisch verfolgt, als Nazi beschimpft, bekämpft, durch bezahlte, linke Terroristen bedroht und komplett vernichtet, wie in meinem Fall.

Angela Merkel schrieb ich dazu einen kritischen Brief über Facebook, der durch das ganze Internet, die Presse und durch Europa ging. Über meine persönlichen Erfahrungen und über die Zustände in Deutschland habe ich ein Buch geschrieben. Mein Buch wird totgeschwiegen, damit es nicht viele Menschen lesen. Jetzt ist auch die Zusammenarbeit mit meinem Buchverleger gekündigt worden, damit es gar nicht mehr publiziert werden kann. Selbst große, politisch kritische Verlage, lehnen mein Buch sofort ab.

Der Beruf als Schauspielerin war nicht nur irgendein Beruf für mich, sondern meine Berufung. Meine Existenz wurde völlig zerstört. Ich würde mich sehr freuen, wenn ich in Ungarn meine Karriere als Schauspielerin und in Werbefilmen fortsetzen könnte.

Lieber Ministerpräsident Victor Orbán, Westeuropa und vor allem Deutschland braucht dringend Ihre Hilfe, sonst ist unser Untergang nicht mehr aufzuhalten. Durch den am 11. und 12.12.2018 in Marokko unterschriebenen Migrationspakt können nun ALLE Menschen "legal" zu uns kommen und unser Sozialsystem plündern. Alleine 300 MILLIONEN Afrikaner wollen nach Europa! Dann bricht hier der geplante Bürgerkrieg aus.

Ich würde alles tun, um Ihnen zu helfen Europa zu retten. Bei der EU Wahl muss sich ganz dringend etwas ändern, deshalb würde ich Ihre Kampagne gerne unterstützen. Ich würde mich sehr darüber freuen, wenn wir uns bald persönlich unterhalten können.

Herzliche Grüße

Und hier die Antwort des außenpolitischen Sprechers:

Sehr geehrte Frau Heissenberg, Bitte gestatten Sie mir als außenpolitischer Sekretär von Fidesz auf Ihren offenen Brief an Viktor Orbán zu antworten.

Wir freuen uns sehr, dass Ungarns Migrationspolitik, Ungarns Kampf um die europäische Kultur, auch von Menschen im Ausland unterstützt wird. Dies ist eine Rückmeldung für uns, die uns mitteilt, dass sich viele in Europa gleichermaßen Sorgen um unseren Kontinent machen.

Ich verstehe Ihre Sorge. Die Migration stellt ein sehr ernstes Sicherheitsrisiko dar. Die Zeichen zeigen, dass das Zusammenleben verschiedener Kulturen derartige Schwierigkeiten verursacht, mit denen Europa heutzutage nicht umgehen kann.

Ich bin der festen Überzeugung, dass die Migration Europas größte Herausforderung im 21. Jahrhundert ist. Migration verändert tiefgehend die gesamte europäische Gesellschaft, die Politik und die Kultur.

Europa steht vor einer der größten Herausforderungen seiner Geschichte: Entweder unterstützt es die Migration, was zur Abschaffung der Kultur führt, oder es verteidigt seine Werte und tritt gegen die Migration auf. Diese Entscheidung muss nicht von Politikern oder von über keine Legitimation verfügenden Nichtregierungsorganisationen getroffen werden. Wir glauben fest daran, dass die Zukunft Europas von den europäischen Bürgern bestimmt werden muss. Sie müssen darüber entscheiden, was für eine Zukunft sie haben möchten.

Genau deshalb sind die Wahlen im Mai eine einmalige Gelegenheit für die Europäer, um deren Meinung über die Migration und die Zukunft Europas auszudrücken.

Ungarns Ziel ist es, dass innerhalb der europäischen Institutionen die migrationsablehnenden Kräfte die Mehrheit bilden. In diesem Kampf zähle ich auf Sie und auf alle europäischen Bürger, die unsere Kultur, unsere Bräuche, unsere Gemeinschaft und unsere Freiheit verteidigen wollen.

Budapest, 1. Februar 2019

Mit freundlichen Grüßen,

Gábor Dobos

Außenpolitischer Sekretär

Quelle: <https://www.unzensuriert.at/content/0028890-Nach-TV-Auftritt-und-Brief-Orban-Ungarische-Regierung-bedankt-sich-bei-Silvana>

Regensburg: Zwei betrunkene Afghanen attackieren wahllos Passanten – ein Schwerverletzter

Epoch Times 6. Februar 2019 Aktualisiert: 6. Februar 2019 7:17

Zwei afghanische Migranten haben in Regensburg wahllos Passanten angegriffen und dabei einen Mann schwer verletzt.

Zwei betrunkene junge afghanische Migranten haben in Regensburg wahllos Passanten angegriffen und dabei einen Mann schwer verletzt. Der 75 Jahre alte Mann habe als Folge der Attacke am Montagabend einen Beinbruch erlitten, sagte ein Sprecher des Polizeipräsidiums Oberpfalz. Drei weitere Männer erlitten leichte Verletzungen.

Die im Landkreis Regensburg lebenden 18 und 19 Jahre alten Verdächtigen sollen zunächst auf dem Vorplatz eines Einkaufszentrums nahe dem Regensburger Bahnhof einen 53 Jahre alten Passanten attackiert haben. Dieser erlitt dabei leichte Verletzungen.

Kurz darauf sei am nahen Busbahnhof der 75-Jährige zunächst angepöbelt und dann zu Fall gebracht worden. Dabei habe der Mann die Fraktur erlitten. Er sei ins Krankenhaus gebracht worden. Ein 25-Jähriger, der dem Angegriffenen habe helfen wollen, sei von den beiden Tätern mit Schlägen leicht verletzt worden.

Nur wenige Minuten später attackierten die beiden jungen Männer demnach einen 49-Jährigen am Regensburger Bahnhofplatz, der ambulant versorgt werden musste. Kurz nach dieser dritten Attacke konnten Polizisten die beiden Verdächtigen festnehmen. Ihnen wird gefährliche Körperverletzung in mindestens vier Fällen vorgeworfen, sie sollten noch am Dienstag einem Ermittlungsrichter vorgeführt werden.

Ende vergangenen Jahres hatten vier Asylbewerber im bayerischen Amberg ebenfalls wahllos Passanten angegriffen und dabei zwölf Menschen verletzt. Sie standen wie jetzt die Angreifer in Regensburg unter Alkoholeinfluss. Der Fall sorgte bundesweit für Aufsehen und führte zu einer Debatte über mögliche Gesetzesverschärfungen. (afp)

Quelle: <https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/regensburg-zwei-betrunkene-afghanen-attackieren-wahllos-passanten-ein-schwerverletzter-a2786244.html>

Ernst Wolff: Das System lässt sich nicht mehr „normalisieren“!

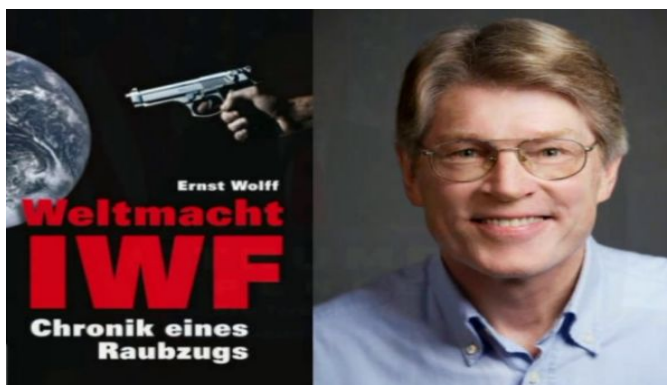
Posted By: [Maria Lourdes](#) on: Februar 06, 2019

Im Dezember 2018 fielen die Kurse an der New Yorker Aktienbörse so stark wie in keinem Dezember seit der Grossen Depression, schreibt Ernst Wolff in seinem neuesten Artikel. Der rasante Abwärtstrend sandte Schockwellen durch das globale Finanzsystem, die Welt schien plötzlich vor der nächsten grossen Finanzkrise zu stehen.

Dann kam es zwischen Weihnachten und Neujahr zu einer dramatischen Kehrtwende: Die Kurse begannen eine rasante Aufholjagd und bescherten dem Dow Jones einen Börsenjanuar, wie man ihn seit Jahrzehnten nicht gesehen hat.

Liebe Leser – Bitte verbreiten Sie unsere Artikel in den “sozialen Medien” – Danke!

<https://lupocattivoblog.com/>



Mit seiner packenden Darstellung der Machenschaften und Akteure der Finanzwirtschaft leistet Ernst Wolff einen Beitrag zur Lösung einer der gegenwärtig wichtigsten Aufgaben: Er vermittelt das notwendige Wissen, um sich gegen den Einfluss der Finanzindustrie wehren zu können ...

FED-Kapitulation beweist: Das System lässt sich nicht mehr „normalisieren“

Ein Artikel von Ernst Wolff Autor der Bücher „Finanztsunami“ und „Weltmacht IWF“

Das dramatische Auf und Ab war kein Zufall: Der Einbruch im Dezember war das Ergebnis der strategischen Umkehr der FED, die 2018 begonnen hatte, die Geldzufuhr ins System zu stoppen, ihm sogar Geld zu entziehen und die eigene Bilanz zu bereinigen.

Die Umkehr nach Weihnachten dagegen war auf zwei Reaktionen aus der Politik und der Bankenwelt zurückzuführen: Zum einen griff in den USA das 1986 unter Ronald Reagan geschaffene Plunge Protection Team, das über eine der grössten Schwarzen Kassen der Welt verfügt, auf Geheiss von Finanzminister Mnuchin in die Märkte ein. Zum anderen sendete die Federal Reserve als weltweite Nr. 1 unter den Zentralbanken ein klares Signal aus: Sie wird ihre Abkehr von der Politik des billigen Geldes nicht – wie noch im Dezember grossspurig angekündigt – „auf Autopilot“ fortsetzen, sondern an die Bedürfnisse der Märkte „anpassen“ und die Anfang Dezember angekündigten Zinserhöhungen vorerst aussetzen.

Die FED kapituliert

Im Klartext heisst das: Die FED erkennt an, dass die Finanzmärkte in den vergangenen zehn Jahren so süchtig nach frischem Geld aus dem Bankensektor geworden sind, dass sie einen Entzug nicht mehr verkraften. Diese Erkenntnis aber schafft ein riesiges Problem, denn genau diese Geldpolitik der FED und der übrigen Zentralbanken seit der Krise von 2007/2008 – Geld drucken und Zinssenkungen – hat riesige Blasen an den Anleihen-, Aktien- und Immobilienmärkten erzeugt, die nach wie vor zu platzen drohen und das Finanzsystem in seiner Gesamtheit existenziell gefährden.

Weltmacht IWF

In seinem bis zur letzten Seite fesselnden Buch schildert der Journalist Ernst Wolff, welche dramatischen Folgen die Politik des IWF für die globale Gesellschaft und seit Eintreten der Eurokrise auch für Europa und Deutschland hat.

Was aber wird nun geschehen?

Niemand kann voraussagen, welche Entscheidungen die FED und die anderen Zentralbanken in den kommenden Monaten treffen werden. Da es aber nur drei verschiedene Möglichkeiten gibt, hier ein kurzer Blick darauf, wie sie aussehen und welche Folgen sie haben könnten:

1. Abwarten

Die Zentralbanken tun einfach nichts und warten ab. Die Folge: Nach einer kräftigen Erholung an den Märkten, die ja bereits in vollem Gang ist, werden diese in naher Zukunft wieder ins Stocken geraten und erneut fallen. Da diese Entwicklung mit einer derzeit einsetzenden weltweiten Rezession zusammenfällt, könnten die Kurse schon bald wieder kräftig abstürzen.

Angesichts der erheblichen sozialen Konsequenzen solcher Kurseinbrüche (zum Beispiel gewaltige Ausfälle bei Pensionsfonds und Rentenkassen) würde die Politik die Zentralbanken mit Sicherheit drängen, erneut einzugreifen und eine weitere Runde des „Quantitative Easing“ – also des Gelddrucks – zu beginnen. Sollten sich die Zentralbanken diesem Ansinnen verweigern, dürfte die Lage rasch brenzlig werden.

2. Den Märkten nachgeben

Die Zentralbanken geben den Märkten beim nächsten Abwärtstrend nach, entscheiden sich für ein erneutes Quantitative Easing (weitere Geldspritzen) und verzichten darauf, die eigenen Bilanzen weiter

zu bereinigen. Damit aber würden sie einerseits ihre Glaubwürdigkeit aufs Spiel setzen, was viele Anleger in sichere Häfen wie das Gold treiben und damit eine überaus unerwünschte Nebenwirkung erzielen würde.

Vermutlich würden die Märkte dennoch zu weiteren Höhenflügen ansetzen, allerdings mit fatalen Begleiterscheinungen: Es würde zu einer weiteren Ausdehnung sämtlicher Blasen, insbesondere der internationalen Kreditblase, kommen. Die Risiken im System würden weiter steigen und es bedürfte nur eines unerwarteten Grossereignisses, um das ganze System wie ein Kartenhaus einstürzen zu lassen.

Ein solches Grossereignis könnte in Europa zum Beispiel der Zusammenbruch der Deutschen Bank, eine Kette von Zusammenbrüchen überschuldeter italienischer Banken oder auch die Staatspleite eines Landes sein, wobei alle drei Ereignisse unabsehbare Konsequenzen im Bereich der Derivate hätten.

3. Die 1929er Variante

Die dritte Möglichkeit bestünde darin, dass die Zentralbanken etwas tun, was zurzeit niemand von ihnen erwartet: Dass sie den Märkten erneut Geld entziehen und zudem die Zinsen weiter erhöhen. Das stünde zwar im Widerspruch zu allen Signalen aus der US-Politik und der US-Bankenwelt, sollte aber auch nicht von vornherein ausgeschlossen werden. Eine solch radikale Massnahme hat 1929 immerhin zum bisher grössten internationalen Börsencrash und zur Grossen Depression geführt – und die hat den Grossbanken damals die Möglichkeit gegeben, 10 000 kleinere Banken zu schlucken.

Träfe die FED eine solche Entscheidung, wäre sie mit Sicherheit mit den grössten Instituten der Wall Street abgesprochen, so dass diese sich rechtzeitig darauf vorbereiten könnten.

Ein solches Vorgehen würde auf jeden Fall schlimmere Folgen als 1929 haben, da die Risiken und auch die internationale Vernetzung heute ungleich grösser sind als damals. Vor allem aber würde sie gewaltige soziale Konsequenzen nach sich ziehen: Handelsströme und Geldströme würden zusammenbrechen, Renten würden nicht mehr ausgezahlt, es käme zu Versorgungsengpässen, Plünderungen und Volksaufständen.

Auf jeden Fall wäre – wie der Gelbwesten-Protest in Frankreich bereits zeigt – mit gewaltiger staatlicher Repression, mit Polizei- und Militäreinsätzen gegen Demonstranten und dem Erlass von Notstandsverordnungen und Kriegsrecht zu rechnen.

Wie gesagt: Niemand kann momentan voraussagen, für welche der drei Varianten sich die Zentralbanken entscheiden werden. Fatal ist nur, dass alle drei eines beweisen: Das globale Finanzsystem ist durch die lockere Geldpolitik der vergangenen zehn Jahre in eine Lage gebracht worden, aus der es mit Hilfe klassischer Reformpolitik keinen Ausweg mehr gibt.

Quelle: <https://lupocattivoblog.com/2019/02/06/ernst-wolff-das-system-laesst-sich-nicht-mehr-normalisieren/>

Verein Deutsche Sprache – Auszug aus dem Infobrief vom 09.02.2019 Sprache für die Sprachlosen



Bild: pixabay / [geralt](#), [Pixabay-Lizenz](#)

Wird man bald Gedanken lesen können? Forscher an der Columbia University in New York haben entdeckt, dass sie Gehirnströme in gesprochene Sprache umwandeln können. Dazu verwendeten sie einen sogenannten Vocoder: einen Algorithmus, der Signale in Laute umwandelt. Er beruht auf derselben Technologie wie die Sprachassistenten Alexa und Siri. Im Experiment wurden Patienten, denen zur Behandlung ihrer Epilepsie ein Hirnimplantat eingesetzt war, Texte und Zahlen vorgelesen. Die Hirnaktivität, die beim Vorlesen entstand, wurde anhand der Implantate gemessen und mithilfe künstlicher Intelligenz sowie des Vocoders in Zahlen und Wörter umgewandelt. Studienleiter Nima Mesgarani hofft, dass das Verfahren Menschen helfen kann, die nicht sprechen können. Niels Birbaumer, Professor für Medizinische Psychologie an der Universität Tübingen, zweifelt hingegen: „Im Grunde haben die Forscher nur die Reaktion des Gehirns auf einen äußeren Reiz aufgezeichnet.“

([spektrum.de](#), [derstandard.de](#), [t3n.de](#), [focus.de](#), [lizzynet.de](#))

Willy Wimmer: Soll Deutschland noch mit Merkel seine Zeit „verplempern“?

Epoch Times 13. Februar 2019 Aktualisiert: 13. Februar 2019 11:13
Frau Dr. Merkel hat seinerzeit als Bundeskanzlerin irreparable Folgen
für Deutschland und die Europäische Union heraufbeschworen.



CDU-Urgestein Willy Wimmer Foto: Twitter/Screenshot

Warum soll Deutschland noch mit der amtierenden Bundeskanzlerin, Frau Dr. Angela Merkel, seine Zeit „verplempern“?

Man tut gut daran, sich die Äusserung der noch amtierenden Bundeskanzlerin, Frau Dr. Angela Merkel, über die Aufarbeitung ihrer Entscheidung vom September 2015, die deutschen Grenzen gegen jedes Staatsverständnis schutzlos zu stellen, auf der Zunge zergehen zu lassen.

Welches Verständnis über einen demokratischen Staat und ein Gemeinwesen überhaupt äussert sich in der Bemerkung der Bundeskanzlerin zu der Beschäftigung der Nation mit den dadurch aufgeworfenen Fragen? Geht es nach Frau Dr. Merkel, soll das Land mit den von Frau Dr. Merkel hervorgerufenen Problemen *nicht seine Zeit verplempern*.“ Nur wenige Hinweise sind erforderlich, um die Dimension ihrer Bemerkung, auch zu den „Werkstatt-Beratungen“ an diesem Wochenende ihrer eigenen Partei, zu erfassen. Kein geringerer als der Bundesinnenminister des von ihr geführten Kabinetts hat seinerzeit von einer „Herrschaft des Unrechts“ gesprochen.

Es ist vor diesem Hintergrund erste Bürgerpflicht, den Staat nicht nur wieder ins Lot zu bringen. Es muss alles unternommen werden, die mit der einsamen Entscheidung der Frau Bundeskanzlerin vom 4./5. September 2015 verbundenen gewaltigen Herausforderungen für unsere staatliche Rechtsordnung und die Beziehung zu unseren Nachbarstaaten gemäss unserer Rechtsordnung und der gültigen internationalen Normen endlich anzunehmen.

Kein deutscher Staatsbürger hat jemals davon vernommen, dass ihm gegenüber ein staatlicher „Spurwechsel“ in Betracht kommen würde, um von der Unrechtmässigkeit seines Tuns hin zu einer staatlich akzeptierten Rechtmässigkeit zu kommen. Warum sollen die deutschen Staatsbürger staatliches Handeln als verbindlich für sie hinnehmen, wenn die deutschen Gesetze nur für deutsche Staatsbürger gelten?

Seit dieser Wochenend-Entscheidung durch die deutsche Bundeskanzlerin im September 2015 müssen die Deutschen den Eindruck haben, dass ihre wesentliche Aufgabe darin besteht, die Finanzmittel für jene aufzubringen, die sich um deutsche oder europäische Gesetze nicht geschert haben und diese nicht als für sie verbindlich ansehen?

Aber auch die neue Vorsitzende der CDU, Frau Kramp-Karrenbauer, kann nicht damit rechnen, dass sie mit ihrem durchsichtigen Versuch, gleichsam mit einem Gespräch hinter verschlossenen Türen in dieser unser Land zerreisenden Fragen sich davonstehlen zu können, wirklich durchkommt. Nach der neuen Vorsitzenden kam es darauf an, eine Wiederholung der Ereignisse von September 2015 zu vermeiden oder auszuschliessen.

Dazu wurde mit Leuten gesprochen, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit „genehm“ waren. Alleine das macht schon deutlich, wie unzulänglich der Versuch ist, die notwendige Diskussion wunschgemäss

zu zerlegen und unter Verschluss zu halten. Es kommt keinesfalls darauf an, sich jetzt über die eine oder andere gesetzliche Massnahme herzumachen. Es war die CDU selbst, die die mit 2015 verbundenen Probleme heraufbeschworen hatte.

Wo war der Deutsche Bundestag, als Frau Dr. Merkel sich als Bundeskanzlerin gegen Deutschland stellte? Wo war die CDU/CSU Bundestagsfraktion, die diese notwendige Auseinandersetzung führte? Wo waren die CDU-Parteigranden, die der Allein-Herrscherin in Berlin in den Arm fielen?

Nach dem Werkstatt-Gespräch des vergangenen Wochenendes und den Überlegungen, die daraus tröpfchenweise nach draussen gelangen, kann man eines getrost feststellen: die neue CDU-Vorsitzende, Frau Kramp-Karrenbauer, hat sich am letzten Wochenende keinesfalls mit der Gesamtdimension der seinerzeit entstandenen Fragen auseinandersetzen wollen.

Frau Dr. Merkel hat seinerzeit als Bundeskanzlerin irreparable Folgen für Deutschland und die Europäische Union heraufbeschworen. Die CDU als Partei war strukturell nicht fähig oder willens, die Dimension der damaligen Verwerfungen zu beeinflussen. In der CDU hat sich seither nichts verändert, solange nicht tiefgreifende und demokratische Reformen an Haupt und Gliedern dieser Partei erfolgen. Dem verfassungsgemässen Auftrag kommt die CDU in der damaligen und heutigen Verfassung als Partei nicht nach.

Wie will man an der Willensbildung des deutschen Volkes mitwirken, wenn man innerparteilich nicht in der Lage ist, eine „Herrschaft des Unrechts“ zu verhindern? Das „Werkstatt-Gespräch“ war ein geradezu zu „schlanker Fuss“, sich der Folgen des Handelns der noch amtierenden Bundeskanzlerin, Frau Dr. Angela Merkel, zu entledigen. So etwas nennt man „verplemperte Zeit“, um die Diktion Berliner Regierungshandelns zu verwenden. Willy Wimmer, 12. Februar

Zuerst erschienen auf www.freiewelt.net/blog

Willy Wimmer (CDU) war Bundestagsabgeordneter und verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU sowie Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung. Von 1994 bis 2000 war Wimmer Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa). Willy Wimmer hatte sich 1999 öffentlich gegen den Kosovokrieg ausgesprochen und 2007 zusammen mit Peter Gauweiler (CSU) gegen den Einsatz deutscher Tornado-Kampffjets in Afghanistan geklagt.

Quelle: <https://www.epochtimes.de/meinung/gastkommentar/willy-wimmer-soll-deutschland-noch-mit-merkel-seine-zeit-verplempern-a2794003.html>

Bescheidenheit
In der Bescheidenheit
kommt die Würde des
Menschen und seine
wahre Gesinnung
zum Ausdruck.
SSSC, 11. April 2011
21.27 h Billy

Mit deutschen Waffen gegen das Völkerrecht

Die saudisch geführte Offensive auf die jemenitische Hafenstadt Hudaida verschärft die schlimmste humanitäre Katastrophe unserer Zeit. Gleichzeitig erhöht Deutschland die Zahl der Ausfuhrgenehmigungen für Waffenexporte nach Saudi-Arabien.

Von WIEBKE DIEHL | Veröffentlicht am 30.01.2019 um 12:43 in: Weltpolitik

Am 7. Juli 2018 veröffentlichte Amnesty International (AI) eine Dokumentation von Kriegsverbrechen im Jemen, begangen von den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) und Milizen, die von ihnen ausgerüstet und trainiert werden. Die AI-Recherchen belegen das systematische Verschwindenlassen von Menschen, Folter teils bis zum Tod, sexualisierte Gewalt sowie andere Formen der Misshandlung. In Geheimgefängnissen würden Menschen teils jahrelang ohne Anklage festgehalten. Die meisten dieser Verbrechen blieben straffrei.



Bombardement von Sana'a, Jemen

Neben den VAE selbst fordert Al sowohl die USA als «Partner der VAE bei der Terrorismusbekämpfung» als auch die international anerkannte, jedoch mit einer höchst zweifelhaften Legitimität ausgestattete jemenitische Regierung auf, diese Verbrechen zu unterbinden. Tirana Hassan, Direktorin des Krisenreaktionsteams von Al, geht sogar so weit, eine Untersuchung der «Rolle von US-Personal bei den im Jemen im Gewahrsam begangenen Menschenrechtsverstössen» zu fordern.¹

Die VAE sind Teil einer von Saudi-Arabien angeführten Militärkoalition,² die seit dem 26. März 2015 einen erbarmungslosen Krieg gegen den Jemen führt. Die dortige Bevölkerung ist längst zum Spielball geostrategischer Interessen und der Paranoia vor einem angeblichen vom Iran kontrollierten «schiitischen Halbmond», der vom Libanon über Syrien, Irak und Iran bis nach Bahrain und schliesslich in den Jemen reiche, geworden. Die Militärallianz hat eine umfassende Land-, See- und Luftblockade über das gesamte Land verhängt, mittels deren der jemenitischen Bevölkerung seit Jahren konsequent der Zugang zu Hilfslieferungen verwehrt und zugleich auch die Fluchtwege abgeschnitten werden. Aktiv unterstützt werden die Invasoren von den USA, Grossbritannien und Frankreich, sowohl in Form von logistischer Hilfe wie dem Betanken von Kriegsflugzeugen und der Weitergabe von geheimdienstlichen Erkenntnissen als auch durch die Entsendung von Spezialkräften.³ Eine Vielzahl weiterer Staaten, darunter auch Deutschland, gehören mit Rüstungsexporten in Milliardenhöhe ebenfalls zu diesem Unterstützerkreis.

Aktuelle Militäroffensive

Die Vereinten Nationen sprechen in bezug auf den Jemen von der grössten humanitären Katastrophe unserer Zeit. Infolge der Invasion sind inzwischen drei Viertel der jemenitischen Bevölkerung – die bereits vor dem Krieg als ärmste der Region galt – auf humanitäre Hilfe angewiesen. 11,3 Millionen Menschen sind akut vom Tod bedroht, während sich 8,4 Millionen an der Schwelle zu einer Hungersnot befinden,⁴ 17,8 Millionen gelten als ernährungsunsicher. Hilfsorganisationen weltweit warnen davor, dass die im Juni begonnene aktuelle Offensive auf die Hafenstadt Hudaida neben der unmittelbaren Gefährdung der rund 600 000 Einwohner der Stadt⁵ mittelbar die gesamten 28 Millionen Jemenitinnen und Jemeniten akut bedroht: Der Jemen musste bereits vor Beginn des Krieges 90 Prozent der benötigten Nahrungsmittel importieren. Allein über den seit dem Jahr 2014 unter Kontrolle der Ansarollah (in westlichen Medien zumeist «Huthis» genannt) stehenden Hafen Hudaida werden 70 Prozent davon eingeführt. Zudem müssen etwa 90 Prozent des Treibstoffes importiert werden. Medikamente, medizinisches Gerät und andere lebenswichtige Güter kommen ebenfalls zu grossen Teilen über Hudaida. Der dortige Hafen ist die letzte, durch die Militärallianz ohnehin streng kontrollierte und stark reglementierte Verbindung des Jemen zur Aussenwelt⁶ und damit die einzige verbliebene Lebensader seiner Bewohner.

Die offizielle Begründung der saudisch geführten Militärkoalition für die Blockade lautet: Der angebliche Schmuggel iranischer Waffen in den Jemen und die Gefahr, selbst zum Ziel von Angriffen aus dem Nachbarland zu werden, müssten gebannt werden. Dass in der Vergangenheit mehrfach Raketen aus dem Jemen auf Saudi-Arabien abgefeuert wurden, wird zur Untermauerung ergänzt; ins Verhältnis zu den bislang über 15 000 in diesem Krieg getöteten Jemenitinnen und Jemeniten wird das nicht gesetzt. Und dass die Raketenangriffe aus dem Jemen auch als Selbstverteidigung in Reaktion auf den brutalen Angriffskrieg Saudi-Arabiens gewertet werden könnten, verschweigt man ebenfalls. Gerade erst haben die Saudis ein Angebot der Ansarollah abgelehnt, die bereits zuvor in Hudaida präsenten UN-Beobachter

wieder zurück ins Land zu holen. Sie hätten sicherstellen können, dass über den Hafen von Hudaida kein Waffenschmuggel abgewickelt und zugleich die nötigste Versorgung der Bevölkerung gewährleistet würde.

Letztlich hat die Bundesregierung in den vergangenen drei Jahren eine Politik unterstützt, die dem Jemen eine selbstbestimmte politische und wirtschaftliche Entwicklung versagt und eine politische Lösung verhindert hat.

Die zahllosen Bilder halb verhungelter Kinder aber scheinen die gegen den Jemen Krieg Führenden genauso wenig zu beeindrucken wie die Tatsache, dass das Gesundheitssystem und die Wasserversorgung im Land vor dem Kollaps stehen – mit oft tödlichen Folgen für die Zehntausenden Verletzten und die drei Millionen Binnenflüchtlinge. Kinder sterben, weil ihre Eltern kein Geld haben, sie ins Krankenhaus zu bringen. Lebensnotwendige Operationen können nicht durchgeführt werden, weil es an Treibstoff sowie an Medikamenten und medizinischem Gerät fehlt. Der weltweit grösste je dokumentierte Cholera-Ausbruch hat bislang 2 200 Todesopfer gefordert, über 900 000 Menschen sind infiziert. Vor allem Kinder sterben an eigentlich vermeidbaren Krankheiten wie Cholera und Diphtherie, für deren Ausbruch die Blockade der Militärkoalition massgeblich mitverantwortlich ist.

«Gunst der Stunde»

Begonnen wurde der Angriff vor drei Jahren auf Bitten des damaligen «Präsidenten» des Landes, Abed Mansur Rabbo Hadi, der im Februar 2012 infolge des Sturzes von Ali Abdullah Salih für eine auf zwei Jahre begrenzte Amtszeit gewählt worden war. Hadi weigerte sich abzutreten und nutzte stattdessen die «Gunst der Stunde»: Saudi-Arabien, das den Jemen ohnehin seit Jahrzehnten als seinen Hinterhof betrachtet und entsprechend behandelt hatte, sah im Jahr 2015 seinen Kampf um Vormachtstellung in der Region gefährdet. Durch die Unterzeichnung des Atomabkommens mit Teheran schien eine Beteiligung Washingtons an einem möglichen Krieg gegen den Iran in weite Ferne gerückt. Die syrische Armee und ihre Verbündeten befanden sich auf dem Vormarsch gegen von den Golfstaaten unterstützte Terrormilizen. Riad musste mitansehen, wie sich das Kräfteverhältnis in der Region deutlich zu seinen Ungunsten verschob. 2015 war ausserdem das Jahr, in dem der saudische König Abdallah starb und der zukünftige Kronprinz und Verteidigungsminister des Landes, Muhammad bin Salman, an Einfluss gewann. Dieser wollte sich profilieren und war dafür bereit, sich auch auf direkte militärische Abenteuer in Kooperation mit lokalen, oft radikalen Milizen ⁷ einzulassen. Der Vormarsch der Ansarollah bot einen willkommenen Anlass; die Person Hadis spielte allenfalls eine Nebenrolle. Den Golfstaaten geht es genau wie ihren westlichen Bündnispartnern in erster Linie um die Kontrolle der Meerenge, die den Golf von Aden mit dem Roten Meer verbindet. Diese ist für den weltweiten Transport von Erdöl, aber auch anderen Rohstoffen zentral.

Legendenbildung

Hadi hatte zum Zeitpunkt der Intervention längst die Kontrolle über das Land verloren, seine Amtszeit war seit einem Jahr abgelaufen. Die Ansarollah, von denen die saudische Regierung glauben machen will, sie seien reine Handlanger Teherans, die mit iranischen Waffen ausgerüstet und von iranischen Geldern finanziert dessen Interessen durchsetzten, hatten grosse Teile des Landes, insbesondere den Norden und die Hauptstadt Sanaa, eingenommen. Entgegen den saudischen Legendenbildungen handelt es sich bei den Ansarollah um eine genuin jemenitische Bewegung, die sich keinesfalls von ausländischen Interessen abhängig macht. Bereits seit den 1980er Jahren tritt sie für die religiös-kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Rechte der von der Zentralregierung massiv vernachlässigten Zaiditen, die etwa 40 Prozent der jemenitischen Bevölkerung ausmachen, sowie insbesondere für eine eigenständige, von Saudi-Arabien unabhängige Entwicklung des Landes ein. Die Ansarollah, die während der Präsidentschaft Salih von dessen Militär und mit Unterstützung Saudi-Arabiens bekämpft worden waren, hatten sich inzwischen mit ebendiesem Salih verbündet, dem gegenüber grosse Teile des Militärs weiterhin loyal waren. Die Waffen kamen nicht aus dem Iran, sondern einerseits aus den Beständen der Armee, andererseits vom jemenitischen Schwarzmarkt, wo sie leicht und billig zu haben sind.

Auch nach drei Jahren Krieg mit über 15 000 gezählten Luftangriffen, von denen mehr als ein Drittel zivile Ziele traf, scheint eine Rückkehr Hadis, der innerhalb des Jemen kaum Anhänger hat, ⁸ an die Macht in weiter Ferne. Mit der Begründung, die Intervention sei von einem «legitimen Präsidenten» erbeten worden, bezeichnet die Bundesregierung den Jemen-Krieg trotz der massiven äusseren Einmischung als «innerstaatlichen bewaffneten Konflikt». ⁹ Die katastrophalen Folgen der See-, Land- und Luftblockade werden zwar kritisiert, für die Massnahme aber zugleich Verständnis artikuliert. Letztlich hat die Bundesregierung in den vergangenen drei Jahren eine Politik unterstützt, die dem Jemen eine selbstbestimmte politische und wirtschaftliche Entwicklung versagt und eine politische Lösung verhindert hat. So verhängte der UN-Sicherheitsrat im April 2015, also Wochen nach Beginn der Luftangriffe durch die saudisch geführte Militärallianz, ein einseitiges Waffenembargo gegen die Ansarollah. Moskau enthielt sich damals, weil der Vorschlag, ein Waffenembargo gegen alle Konfliktparteien zu verhängen, nicht angenommen

worden war.¹⁰ Die Resolution forderte ausserdem die Ansarollah zum Rückzug aus allen von ihnen kontrollierten Gebieten auf, zugunsten von «Präsident» Hadi. Hätten sich die Ansarollah der Resolution gefügt, wäre dies einer hundertprozentigen Verwirklichung der saudischen Kriegsziele gleichgekommen. Der damalige Sondergesandte der Vereinten Nationen für den Jemen, Jamal Benomar, reichte kurz nach dem UN-Beschluss seinen Rücktritt ein. Für das Scheitern seiner Mission machte er vor allem die Kompromisslosigkeit der Golfstaaten verantwortlich. Obwohl die Bundesregierung für sich in Anspruch nimmt, eine «zurückhaltende und verantwortungsvolle Rüstungsexportpolitik» zu betreiben, profitieren deutsche Rüstungsunternehmen massiv vom Handel mit den an der Militärallianz gegen den Jemen beteiligten Staaten. Allein in den letzten drei Kriegsjahren genehmigte der Bundessicherheitsrat Rüstungsexporte in Höhe von mehr als 4,6 Milliarden Euro an diese Länder – Tendenz steigend. Zu einem Einsatz von aus Deutschland stammenden Rüstungsgütern im Jemen-Krieg liegen der Bundesregierung angeblich keine «eigenen Erkenntnisse» vor.¹¹

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD wurde festgeschrieben, man werde keine Ausfuhren mehr an Länder genehmigen, die «unmittelbar» am Jemen-Krieg beteiligt sind. Welche Länder konkret betroffen wären, würde diese Klausel umgesetzt, weigert sich die Bundesregierung allerdings bis heute bekannt zu geben. Ausserdem wurden Umgehungsmöglichkeiten in Form eines «Vertrauensschutzes» für Rüstungsfirmen gleich miteingebaut: Sie dürfen bereits bestehende Verträge ausführen, wenn sie «nachweisen, dass die schon genehmigten Lieferungen ausschliesslich im Empfängerland verbleiben».¹² Ein solcher Beweis ist kaum zu erbringen. Ausserdem musste die Bundesregierung in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der stellvertretenden Vorsitzenden der Linksfraktion im Bundestag, Sevim Dagdelen, zugeben, im ersten Quartal des Jahres 2018 mit Waffen im Wert von 161,8 Millionen Euro fünfmal so viele Ausfuhrgenehmigungen nach Saudi-Arabien erteilt zu haben wie im Vorjahreszeitraum.¹³ An Saudi-Arabien werden zudem acht weitere Patrouillenboote geliefert.¹⁴

Europas Interessen

Im Jemen stirbt alle zehn Minuten ein Kind. Jedes zweite jemenitische Kind erreicht das fünfte Lebensjahr nicht. Aber Europa ist neben der Verfolgung eigener wirtschaftlicher und geostrategischer Interessen vor allem damit beschäftigt, sich weiter abzuschotten. Die Bekämpfung von Fluchtursachen dient den Regierungen der westlichen Industrienationen in erster Linie dem Zweck, möglichst viele Geflüchtete von Europa fernzuhalten. Aus dem Jemen schafft es kaum ein Geflüchteter bis hierher, die meisten können aufgrund der Blockade noch nicht einmal das Land verlassen – so sie denn wollten. Das Engagement der westlichen Industrienationen zur Beendigung des grausamen Krieges gegen den Jemen wird sich voraussichtlich weiter in engen Grenzen halten und den Interessen der Rüstungsindustrie untergeordnet bleiben.

Quelle: <https://www.hintergrund.de/politik/welt/mit-deutschen-waffen-gegen-das-voelkerrecht/>

Aufgelesenes zu „feindlichen Fremden“, Regierungs- statt Verfassungsschutz und anderen Merkwürdigkeiten

hwiludwig Veröffentlicht am 9. Februar 2019

Nachfolgend seien einige aphoristische oder ausschnittshafte Äusserungen von Zeitgenossen zitiert, die schlaglichtartig grössere Zusammenhänge beleuchten und Wesentliches auf den Punkt bringen. Es lohnt sich, auch wenn man nicht gleich mit allem einverstanden sein mag, darüber etwas nachzusinnen, weil sie zusammengedrängt weite Perspektiven eröffnen. (hl)

„Die Bevölkerung Afrikas wächst alle 12 Tage um 1 Million Menschen. Das heisst jene etwa anderthalb Millionen Migranten, die aufgrund von Frau Merkels Politik der offenen Grenzen seit September 2015 zu uns geströmt sind und unser Land vor enorme Schwierigkeiten stellen, werden in Afrika in 18 Tagen nachgeboren. Was wir getan haben und tun werden, wird dort nicht einmal bemerkt.“

Alexander Gauland [im Bundestag](#) (min. 10:21)

„Wie konnte es dazu kommen, dass in diesem Land ernsthaft der abstruse Gedanke diskutiert wird, ein illegaler Grenzübertritt könne einen legalen Anspruch auf Familiennachzug nach sich ziehen?“

„Deutschland hat kein Problem mit Fremdenfeindlichkeit – sondern mit feindlichen Fremden.“

„Feminismus hat das Geschlechterverhältnis von Komplementarität in Konkurrenz verwandelt. Kein anständiger Mensch sollte das je verzeihen.“

„Feminismus ist nicht der Kampf des Weibes gegen den Mann, sondern Kampf des missratenen Weibes gegen das wohlgeratene.“

Patriarchator

* *

„Das Wort ‘Lügenpresse’ setzt mehr Harmlosigkeit voraus, als es in diesem Metier gibt.“
Peter Sloterdijk im Cicero 2/2016

* *

„Wenn eine Regierung, die permanent die Verfassung bricht, eine Opposition, die das Einhalten der Verfassung fordert, vom Verfassungsschutz beobachten lassen will, dann ist das, als wenn Juncker von den Alkoholgegnern einen täglichen Alkoholttest verlangen würde.“

Seit Maassen wissen wir, wie Merkel regiert: nach dem „EDEKA“-Prinzip: Kritik an Ihrer Majestät = **ENDE DER KARRIERE.**“

Fragolin auf Le Penseur 16.1.19

* *

„Ralf Stegner, eine der unbestritten hellsten Kerzen auf der antifaschistischen Torte, trug Gott und den Menschen [vor](#): ‘Die Rechtspopulisten von der AfD kommen endlich in den Fokus des Verfassungsschutzes. Dazu musste der unselige Herr Maassen gehen, damit das passieren kann, was längst überfällig war.’“

Don Alphonso kommentiert: ‘Verschwörungstheorien sind das eine, ihre Bestätigung ist das andere.’

Der vorwitzige Handballer Stefan Kretzschmar wird seine Lüge, in Deutschland herrsche keine Meinungsfreiheit, noch bitter bereuen. ‘Mit der Meinungsfreiheit ist es wie mit dem Pilzeessen. Man kann alle Pilze essen. Aber manche nur einmal.’ (Leser ***)

Anlässlich Ihrer Anmerkungen zu der von Nahles angestossenen Proporz-Debatte „Männlein/Weiblein/Diverslein im Bundestag“ stellt Leser *** folgende Frage: „Es gibt ca. 14% funktionale und echte Analphabeten in Deutschland, wobei ich (wie Wikipedia) die noch nicht so lange hier Nichtlesenden noch nicht mitzähle. Ist diese Bevölkerungsgruppe – schliesslich verfügt sie über dieselben Bürgerrechte wie Taxifahrer mit Germanistikstudium – ausreichend im Bundestag vertreten?“

Ja und nein, geehrter Herr ***, ja und nein.

Gestern meldete die Tagesschau, dass der Verfassungsschutz – das ist eben jener Verein, dessen Chef vor kurzem seinen Schlapphut nehmen musste, weil er eine Lügengeschichte der Kanzlerin dementiert hatte –, die AfD als „Prüfball“ einstufen werde. Als verfassungsschutzrelevant bewerten die Experten des Staatssenders exemplarisch die Worte von Alexander Gauland, gesprochen auf dem letztjährigen Kyffhäusertreffen ([hier](#) ab 6.04):

„Kyffhäuser ist der Berg genannt,
Und drinnen ist eine Höhle;
Die Ampeln erhellen so geisterhaft,
Die hochgewölbten Säle.“

Das sagte Gauland nicht, sondern: „Andere Länder holen sich Einwanderer, damit sie arbeiten“ – diesen Teil des Satzes haben die Wahrheitsausschütter sicherheitshalber weggeschnitten –, „die Bundesregierung will, dass wir für die Einwanderer arbeiten, damit sie in Ruhe Kinder in die Welt setzen und den Bevölkerungsaustausch bewerkstelligen können.“

Was daran verfassungsfeindlich sein könnte, teilte der Sender nicht mit. Auch wenn wir im Falle Maassen gesehen haben, dass der binäre Code richtig/falsch nicht unbedingt den Rahmen für die Aktivitäten des Inlandsdienstes bildet, stellen wir die Frage, nur experimentellerweise, anders: Was ist daran falsch?

Ein Bekannter, der geschäftlich viel in der arabischen Welt umherreist, hat berichtet, ein Geschäftspartner in den Emiraten habe ihm erklärt, dass man dortzulande Ausländer als Arbeitskräfte ins Land hole, aber partout nicht verstehe, warum die doch im Grossen und Ganzen als praktisch veranlagt und zurechnungsfähig geltenden Deutschen sich für die Version entschieden hätten, Ausländer zu sich holen, um für sie zu arbeiten. – Wenn diese Kameltreiber nicht aufpassen, werden sie bald vom deutschen Verfassungsschutz beobachtet.

Für den sensiblen Tagesspiegel-Leserbriefschreiber, der den Hinweis auf die extremistische Inschrift über dem Reichtagsportal – „Dem deutschen Volke“ steht dort (noch!) – mit der Replik konterte, mit diesem Begriff sei damals etwas anderes gemeint als heute, gestatte ich mir noch den Hinweis, dass das staats- und völkerrechtlich nicht ganz stimmt, ansonsten aber zum Teil durchaus. Dass es keine deutsch-arische Rasse gibt, mussten freilich bereits die Nationalsozialisten und speziell deren Führungspersonal zerknirscht und selbstkritisch anerkennen. Zu allen Zeiten fanden europäische Binnenwanderungen statt, es gibt kein ethnisch homogenes deutsches Volk. Deutscher heisst heute: deutscher Staatsbürger. Die sollte genau deshalb nicht

verschenkt, sondern von Einwanderern durch Bildung, Edelmut und grosse Taten erworben werden. Ist so ungefähr übrigens AfD-Position.“

Michael Klonovsky Acta diurna 16.1., 20.1.2019

* *

„In der Zeitschrift 'Jeune Afrique' erschien kürzlich ein Artikel der tunesischen Journalistin Fawzia Zouari mit dem Titel 'Belgien wird arabisch enden'. Die Überschrift erklärt sich aus einem Gespräch mit einem Taxifahrer, der sie in Brüssel zu einer Konferenz gefahren hat, einem Landsmann, der ihr fröhlich schilderte, wie wohl er sich fühle, nicht zuletzt weil die Muslime auf einem guten Weg seien, die Mehrheit im Land zu werden. Er selbst habe vier Kinder, sein Nachbar, von Herkunft Marokkaner, habe sechs. Man erfülle das Gebot Allahs und fülle die Erde. Auf die Frage der Journalistin, warum er seine Heimat verlassen habe, kam die Replik, das habe er getan, um endlich in Ruhe leben zu können und seine Familie zu versorgen, in einem Land ohne Korruption. Als sie nachhakte, ob er meine, dass das auch noch in einem arabischen und muslimischen Belgien so sein werde, folgte irritiertes Schweigen.“

Karlheinz Weissmann JF 18.1.19

* *

„Leser *** sendet diesen Beitrag, der „von einem Radiomoderator aus Österreich“ stammen soll, also nur mit dem Rückfall in schlimmste Zeiten und deren Gedankengut erklärt werden kann:

„Wir brauchen die Migration, weil Deutsche zu wenig Kinder bekommen und die Bevölkerung überaltert? Das kann man ändern.

Stellen wir uns einfach mal vor, Kindergärten würden im selben atemberaubenden Tempo wie Asylheime aus dem Boden schießen. Neugeborene erhalten 2500 Euro Willkommensgeld. Der Staat zahlt für jedes Kind 33 Euro/Tag für dessen Unterbringung. Das Kindergeld wird auf das Hartz IV-Niveau erhöht samt Wohnkosten.

Hunderte Gutmenschen stehen mit Blumensträussen vor der Entbindungsklinik. Öffentliche Verkehrsmittel sind für Kinder kostenlos. Genau wie Tageseinrichtungen, Sportvereine und Universitäten.

Kinderfeindlichkeit wird als Volksverhetzung geahndet. Die Versorgung mit Mittagessen wird übernommen.

Gutherzige Bürger spendieren das erste Fahrrad und Arbeitslose reparieren diese. Bei Lernschwachen erfolgt kostenlose Nachhilfe.

Wenn Kinder ohne Frühstück in die Schule kommen, stehen die Linken und Grünen mit Fressbeuteln bereits im Schulhof.

Arme, hyperintelligente Kinder müssen nicht mehr als Fabrikarbeiter malochen, weil der Staat ihr Potential erkennt und die vollen Kosten ihrer Ausbildung übernimmt!

Dumme müssten nicht mehr in die Politik, weil auch für sie ein menschenwürdiges Dasein gesichert ist, ohne grösseren Schaden anzurichten.

Und die Gefängnisse wären leer, weil wir nicht mehr unser Augenmerk auf die Integration ausländischer Krimineller richten müssten, sondern auf die natürliche Integration unserer Kinder in eine solidarische Gesellschaft!“

Noch zum Vorigen. „Ich bin im Libanon geboren und aufgewachsen, dem einzigen ehemals mehrheitlich christlichen Land im Nahen Osten. Wir waren offen, fair, multikulturell und tolerant. Wir waren stolz auf unseren Multikulturalismus. Wir hatten offene Grenzen, jeder war willkommen. (...) Mit dem Wachstum der muslimischen Bevölkerung schwand die Toleranz im Land (...) Sie kamen in den Libanon und nutzten unsere Offenheit, Fairness, Toleranz, den Multikulturalismus und die Demokratie, um unsere Demokratie auszuhebeln. (...) Ich wusste schon als zehnjähriges Kind, dass man mich töten wollte, bloss weil ich in den christlichen Glauben hineingeboren worden war.“ (Mehr Anhaltspunkte für eine verfassungsschutzrelevante Feindseligkeit gegenüber einer Religion hier.)

Michael Klonovsky Acta diurna 21.1.2019

Quelle: <https://fassadenkratzer.wordpress.com/2019/02/09/aufgelesenes-zu-feindlichen-fremden-regierungs-statt-verfassungsschutz-und-anderen-merkwuerdigkeiten/#more-5244>

Die EU-Diktatur will die Schweiz und deren Bevölkerung durch einen hinterhältigen Rahmenvertrag in die Knie zwingen und in ihre böse EU-Despotie einverleiben!

Trotz der Tatsache, dass die EU-Diktatur von einem Despotismus getrieben wird und eine blanke und alleinherrschaftliche Gewaltherrschaft ausübt, was bereits einem totalitären System entspricht und einem Autoritarismus in Eigenmächtigkeit, getrieben von Herrschsucht und Willkür sondergleichen, was letztendlich zu einer Schreckensherrschaft führen kann, gibt es leider pathologisch dumme Schweizer beiderlei Geschlechts, die weder Verstand, Vernunft noch Intelligenz ihr eigen nennen können und daher alles Schwachsinnige versuchen, um in schmutziger und verantwortungsloser Art und

Weise die eigene sichere und neutrale, friedliche, demokratische und freiheitliche Heimat in die Krallen der stetig schlimmer sowie immer mehr ausartenden EU-Diktatur und in böse Knechtschaft zu treiben.

Es fragt sich, ob all diese krankhaft-dummen EU-Diktatur-Befürworter/innen überhaupt Schweizerbürger/innen und Drogenabhängige sind, und ob sie schon von Geburt an gehirngestört und bohnenstrohlöb oder durch Alkoholsucht dem blanken Schwachsinn verfallen sind?

Billy

Alkohol zerstört Gehirnzellen sofort – auch noch Wochen danach

Sott.net Sa, 06 Apr 2019 13:02 UTC

In einer Studie eines internationalen Forscherteams aus Spanien, Deutschland und Italien sind die Wissenschaftler zu einem erschreckenden Ergebnis gelangt: Alkohol zerstört selbst nach Wochen Gehirnzellen und zwar umgehend.



Ein internationales Forscherteam aus Spanien, Deutschland und Italien hat festgestellt, dass Alkohol – selbst innerhalb weniger Wochen nach dem Verzicht darauf – sofort die Gehirnzellen zerstört. Darüber berichtet die Zeitung "Iswestija."

~ Sputnik

Auch wenn seit Wochen überhaupt kein Alkohol konsumiert wurde, schreiten die von ihm ausgelösten Störungen in Gehirn voran.

Die Alkaloide wirken sich schädlich innerhalb weniger Wochen auf das menschliche Gehirn aus.

"Die Nervenzellen des weissen Stoffes demonstrieren Anzeichen einer Degradierung infolge einer Alkoholintoxikation sogar einige Wochen nach dem totalen Verzicht auf Alkohol", erklärte Santiago Canals, der Autor der Studie und Professor der <Universidad de Barcelona>.

~ Sputnik

Für die Studie wurden die Gehirne von 90 Männern, die stark betrunken waren und ins Krankenhaus eingeliefert wurden, mit Hilfe von MRT-Aufnahmen studiert.

Die Experten stellten fest, dass im Gehirn der Patienten die degenerativen Veränderungen weitergingen – selbst in dem Fall, wenn sie mehrere Wochen keinen Tropfen Alkohol zu sich genommen hatten.

~ Sputnik

Zudem führten die Wissenschaftler Experimente mit Ratten durch. Umso jünger die Tiere waren, desto schlimmer und ausgeprägter war das Phänomen:

Den Tieren wurde Alkoholgenuss angewöhnt, doch dann wurde ihnen kein Alkohol mehr gegeben. Die degenerativen Veränderungen in ihrem Gehirn liefen weiter. Dabei verzeichnete man bei jungen Tieren die stärksten Gehirnstörungen.

Es wird betont, dass am meisten der Gehirn-Balken litt, der die beiden Hirnhemisphären verbindet, sowie der Hippocampus, der für die Gestaltung von Emotionen, das Lernen und das langfristige Gedächtnis zuständig ist.

Frühere Studien hatten bewiesen, dass sich beim regelmässigen Konsum von Alkohol der Hippocampus in seiner Grösse verringert. Infolgedessen wird der Mensch mit Problemen der Speicherung und Rückgewinnung der im Gehirn bereits befindlichen Information konfrontiert.

~ Sputnik

Auch diese Studie untermauert somit eindeutig die Schädlichkeit von Alkohol.

Quelle: <https://de.sott.net/article/33391-Alkohol-zerstort-Gehirnzellen-sofort-auch-noch-Wochen-danach>



07. April 2019 um 11:45 Ein Artikel von: Redaktion

Sehen, denken und handeln:

Darauf wird es ankommen, wenn wir als Bürger nicht Opfer einer Medienberichterstattung werden wollen, die nach zweierlei Mass misst. Sehen, denken und handeln: Darauf kommt es an, wenn wir als Bürger verstehen wollen, was sich um uns herum wirklich an politischen Entwicklungen vollzieht. Das findet **Alexander Unzicker**, Physiker und Jurist, der sich Gedanken darüber gemacht hat, wie es uns gelingen kann, von der Flut an Informationen, die sich jeden Tag ihren Weg durch die Medien bahnt, nur das wirklich Relevante aufzunehmen. Im Interview mit den NachDenkSeiten verweist Unzicker auf die Gefahr hin, dass wir als Bürger die „langsamen Verschiebungen des Wertessystems“ nicht wahrnehmen und stellt einen „besorgniserregenden Zustand“ im Hinblick auf die Irrationalität im Denken fest.

Von **Marcus Klöckner**.

Herr Unzicker, Sie bezeichnen den Zustand unserer Medien als „besorgniserregend“. Warum?

Zunächst gibt es eine unglaubliche Verflachung und Emotionalisierung in der Berichterstattung, es wimmelt von Überschriften „Skandal, Empörung, Eklat, Entsetzen“ und so weiter, ohne Substanz. Es ist furchtbar. Viele Meldungen drehen sich nur darum, dass irgend jemand etwas gesagt hat, und jemand anderes sich darüber aufregt. Generell sehe ich eine Tendenz zur Irrationalität.

Was stellen Sie noch fest?

Die Medien versagen bei der Auswahl der relevanten Information, aber noch schlimmer ist, dass die Auswahl der politischen Nachrichten danach erfolgt, was gerade in die Geschichte passt, die sie erzählen wollen. Die doppelten Massstäbe, auch in der Sprache, kann ja jeder täglich mit Händen greifen. Insofern sind viele Medien schon in einem verkommenen Zustand, so dass man sich über manche Absurditäten, wie etwa im Fall Skripal, schon nicht mehr wundert.

Wie haben Sie denn die Berichterstattung zum Fall Skripal konkret wahrgenommen?

Bizarr. Einerseits, wie gesagt, eine Irrationalität, bei der von offizieller Seite bzw. deren medialer Wiedergabe überhaupt nicht mehr der Versuch gemacht wird, eine logisch kohärente Geschichte zu erzählen. Unabhängig von diesen Details, die man etwa auf dem Blog von Craig Murray, einem britischer Ex-Diplomaten, nachlesen kann, gibt es aber einen noch gravierenderen Aspekt. Das Ganze ist, nüchtern betrachtet, ein Kriminalfall. Ihm mit den Begriffen „militärischer Kampfstoff“ oder „Einsatz von Massenvernichtungswaffen auf NATO-Territorium“ eine politische, ja militärische Dimension anzudichten, ist meines Erachtens geisteskrank (Anm. Bewusstseinskrank) Aber diese Haltung der westlichen Regierungen haben die Medien kritiklos übernommen.

Was ist mit Medien los, die auf diese Weise berichten?

Vor dieser Frage stehe ich auch ziemlich ratlos. Der britische Pazifist Sir Arthur Ponsonby hat schon vor hundert Jahren die „Prinzipien der Kriegspropaganda“ beschrieben, die man heute so oft wiederfindet, dass man sich fragt, ob wir uns nicht schon halb im Krieg befinden.

Ist die Situation so schlimm?

Jedenfalls ist es befremdlich, mit welcher Selbstverständlichkeit zum Beispiel Militärstrategien in Mitteleuropa diskutiert werden. So als wäre ein konventioneller Krieg nicht auch schon kompletter Wahnsinn. Vor allem aber fragt man sich: ist den Leuten eigentlich klar, dass wir in einer atomar hochgerüsteten Welt mit einem nuklearen Winter die Auslöschung unserer ganzen Art, genannt Homo sapiens, riskieren? Nach Milliarden Jahren von Evolution wäre dies schon ein besonderer Fall von kollektiver Blödsinn. Die

Naturwissenschaften haben, wenn Sie so wollen, die Voraussetzungen dafür geschaffen, und so spüre ich als Physiker eine gewisse Verantwortung, darüber aufzuklären. Ganz ernsthaft: wir brauchen für die Zukunft ein Denken, das Kriege unmöglich macht – eine Forderung von Albert Einstein.

**Sie sehen Probleme aber nicht nur bei den Medien.
Sie sprechen in Ihrem Buch überhaupt von einer Krise unserer Zivilisation.
Woran machen Sie diese fest?**

Es gibt verschiedene Aspekte. Ganz sicher überfordert zum Beispiel die moderne Informationsgesellschaft unsere Gehirne. Es gibt vieles, bei dem sich unser Denkapparat nachweislich irrational verhält, etwa bei der Überbewertung aktueller Ereignisse der Gegenwart. Das ist auch einer der Punkte, wo es auffallende Parallelen zwischen Gesellschaft und Wissenschaft gibt. Der übermässige Fokus auf die Gegenwart führt dazu, dass langsame Verschiebungen des Wertesystems nicht wahrgenommen werden. In der Politik erkennt man dies, wenn man ehemaligen Insidern zuhört, sei dies nun Willy Wimmer, Albrecht Müller oder auch Ray McGovern. Die finden die gegenwärtige Politik oft gleichermassen absurd. Die Wissenschaft ist aber von solchen Phänomenen nicht ausgenommen. Daher plädiere ich dafür, Einstein, Dirac oder Schrödinger zuzuhören, auch wenn man Ihre Ansichten aus Biographien ermitteln muss. Die Wissenschaft hat längere Zeitskalen, aber ähnliche Muster.

Wie meinen Sie das?

Die Methode des Experimentierens und Beobachtens ist sehr erfolgreich. Dies ändert aber nichts daran, dass die Interpretation der Ergebnisse innerhalb einer vorherrschenden Erzählung – Thomas Kuhn nannte es Paradigma – erfolgt, also ein soziologischer Prozess ist. Wissenschaft, auch wenn sie das gerne vorgibt, ist also auch nicht frei von Modeerscheinungen und Gruppendenken. Man nimmt die Realität durch eine bestimmte Brille wahr, die natürlich von dem historischen Rahmen bestimmt ist. Das gilt für die Astronomen im Mittelalter ebenso wie für das CERN heute. Wenn man Naturwissenschaft historisch-methodisch betrachtet, ist es klar, dass die komplizierten Modelle der physikalischen Grundlagenforschung in einer Sackgasse sind und manche Theoretiker sich in einer mathematischen Ideologie verlaufen haben.

Was bedeutet das für uns als Gesellschaft?

Man darf nicht vergessen, dass Wissenschaft und Technologie unsere Zivilisation auf lange Sicht mehr bestimmen, als Politik oder gar Kriege. Es kann also durchaus sein, dass die Überlebenschancen von Homo sapiens auf diesem Planeten davon abhängen, wie gut er fundamentale Naturgesetze verstanden hat. Insofern ist hier intellektueller Stillstand schon bedenklich. Aber es gibt natürlich aktuellere Gefahren.

**Wie die NachDenkSeiten auch, plädieren Sie dafür, dass Menschen über diese politischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge verstärkt nachdenken bzw. ihren Verstand gebrauchen.
Welche Vorgehensweise empfehlen Sie?**

Ihr Magazin hat in der Tat einen sehr passenden Namen gefunden für das, was man mit Nachrichten tun sollte. Mein Bild ist eine Art Pyramide, die schon mit einer dosierten Aufnahme der Information beginnt, diese gründlich reflektiert und dann auch Konsequenzen daraus zieht. Denn im Verhältnis zu dem, was wir am Ende in Handlungen umsetzen, nehmen wir eigentlich viel zu viel Information auf. Das Problem habe ich auch an mir selbst festgestellt, und versucht, es systematisch anzugehen. Das Buch gliedert sich daher in drei Teile: Sehen-Denken-Handeln.

Was meinen Sie mit „sehen“?

Allgemein geht es um Wahrnehmung. Wie formen wir aus unvollständigen, möglicherweise falschen, verzerrten Informationen ein Weltbild? Eine Strategie ist, möglichst nahe an die Rohdaten zu gehen, die Schwierigkeiten der Wahrheitsfindung anzuerkennen und nüchtern Wahrscheinlichkeiten zu betrachten, ohne sich zu sehr darum zu kümmern, ob etwas möglicherweise gelogen ist oder nur unglaubwürdig.

Und denken?

Hier geht es vor allem darum, die eigenen kognitiven Illusionen zu kennen, wie zum Beispiel manche Tabus, die effizienter zensieren als jeder totalitäre Staat. Und natürlich ist es ein Plädoyer für unabhängiges Denken. Das bedeutet nach Immanuel Kant den Mut zu entwickeln, sich seines Verstandes ohne Anleitung anderer zu bedienen. Konkret: wir brauchen zum Beispiel kein Verbot von „Fake News“ – sondern schlicht Aufklärung.

Schliesslich gilt es, zu „handeln“.

Zweifelloos das Schwierigste! Als einfacher Bürger hat man wohl den grössten Einfluss durch sein Konsum- und Verbraucherverhalten. Bringt man das in Einklang mit seinen Vorstellungen, ist schon viel ge-

wonnen – obwohl dies natürlich nur eine Variation von Kants kategorischem Imperativ ist. Man muss aber auch einsehen, dass als Nicht-Entscheidungsträger die Einflussmöglichkeiten begrenzt sind. Alles andere wäre irrational.

Wie sollten Bürger vorgehen, die sich mit politischen Entscheidungen nicht zufrieden geben möchten? Zunächst haben wir zumindest in der Theorie noch einen Staat mit einem weltweit fast einzigartigen Individualrechtsschutz. Auf den gilt es aufzupassen, denn die Gefahren für den Rechtsstaat, wie ihn das Grundgesetz vorsah, sind mit Überwachung, Einschränkung von Bürgerrechten, beginnender Zensur usw. allgegenwärtig. Diese schleichenden Entwicklungen sind schlimmer als mancher Skandal. Im Extremfall wie einer unmittelbar drohenden Kriegsgefahr sind vielleicht ein Generalstreik und Demonstrationen sinnvoll, aber generell bin ich skeptisch, weil derartiger Aktionismus auch wieder in die Fokussierungsfalle des hier und jetzt tappt. Das Modell der französischen Revolution taugt, glaube ich, nicht für die Gegenwart, weil wir gerade bei globalen Problemen intelligentes, überlegtes Handeln brauchen. Auf lange Sicht sind positive Veränderungen am ehesten durch die Einsicht von Entscheidungsträgern denkbar. Die Hoffnung darauf sollte man nicht aufgeben, auch wenn es schwerfällt. Nötig ist dazu aber eine Kultur, den Mächtigen die Wahrheit ungeschminkt ins Gesicht zu sagen, übrigens ein wiederkehrendes Thema bei Friedrich Schiller. Ich bin ein grosser Fan von ihm. Freiheit, Recht, Frieden und der Gebrauch des Verstandes hängen ziemlich eng zusammen.

Quelle: <https://www.nachdenkenseiten.de/?p=50727#more-50727>

Gutachten bestätigt: Rahmenvertrag ist ein Knechtschaftsvertrag



EU-No-Newsletter, News | 14. Februar 2019

Ein Rechtsgutachten zuhanden der Wirtschaftskommission des Nationalrates bestätigt die schlimmsten Befürchtungen. In diesem Papier von Prof. Dr. Carl Baudenbacher wird gemäss Medienberichten wegen der starken Stellung des EU-Gerichtshofes EuGH im nun vorliegenden institutionellen Rahmenabkommen von einer sogenannten «Vasallierung» gesprochen. Eine «Vasallierung» ist eine Verknechtung oder Unterjochung. Solch klare Worte für diese institutionelle Einbindung als Knechtschaft gilt es ernst zu nehmen.

Wer nun denkt, dass dieses Gutachten und diese kritischen Worte zum Rahmenabkommen von einem Politiker oder von einer Parteizentrale stammen, liegt falsch. Das Papier zuhanden der Wirtschaftskommission des Nationalrates wurde von Prof. Dr. Carl Baudenbacher verfasst. Er ist Jurist und war einige Jahre ordentlicher Professor an der Universität St. Gallen. Von 2003 bis 2018 war er zudem Präsident des EFTA-Gerichtshofs in Luxemburg. Aus seiner Feder stammen mehr als 40 Bücher und über 200 Artikel, insbesondere zu den Themen europäisches und internationales Recht, Rechtsvergleichung, Schiedsgerichtsbarkeit und internationale Gerichte. Baudenbacher ist also nicht nur ein Rechtstheoretiker, sondern ein ausgewiesener Kenner der Rechtspraxis.

Schiedsgericht untersteht dem EuGH

Diverse Zeitungen haben nun über dieses Gutachten von Prof. Dr. Baudenbacher berichtet. Das im Rahmenabkommen vorgesehene und als Alternative zu den «fremden Richtern» von den Befürwortern des Abkommens gepriesene Schiedsgericht «hat kein Ermessen», so Baudenbacher. Das Schiedsgericht untersteht quasi dem EU-Gerichtshof EuGH. Damit einhergehend würde sich «die Schweiz dem Gericht der Gegenpartei, dem die Unparteilichkeit fehlt, unterwerfen». Das wäre, wie wenn ein Schiedsrichterteam bei

einem Fussballmatch von der gegnerischen Mannschaft gestellt würde. In den *öffentlichen Anhörungen* der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates hat Baudenbacher ebenfalls bestätigt, dass das Schiedsgericht keinen Spielraum habe. Das Schiedsgericht ist ein Feigenblatt.

Die Unterwerfung ist vielschichtig

Das vom Bundesrat als Zugeständnis der EU gelobte Schiedsgericht sieht Baudenbacher als wertlos an. Es kann nicht als Entgegenkommen und schon gar nicht als Kompromiss gewertet werden. In diesem Zusammenhang spricht er im Gutachten von einer «Vasallisierung». Ein Vasall ist ein Knecht. Das Rahmenabkommen ist somit ein Knechtschaftsvertrag.

Mit dem Rahmenabkommen schwäche die Schweiz überdies ihre Position bei künftigen Verhandlungen. Bei der öffentlichen Expertenanhörung in der Aussenpolitischen Kommission wurde denn auch explizit von einer engeren Bindung an die EU infolge der Rechtsübernahme und der dominanten Stellung des EuGH gesprochen. Zudem betonte Baudenbacher, dass es – obwohl der Bundesrat das abstreitet – sehr wohl eine Überwachung durch die EU gibt. Die Möglichkeit der einseitigen Anrufung des Schiedsgerichts bedeutet letztendlich eine Überwachung durch die EU. Alles andere sei Selbsttäuschung. Schon 2013 warnte Baudenbacher in der *NZZ* vor diesen institutionellen Mechanismen und fand nicht weniger deutliche Worte: «Das ist kein Bilateralismus mehr, sondern Unilateralismus.»

Quelle: <https://eu-no.ch/gutachten-bestaetigt-rahmenvertrag-ist-ein-knechtschaftsvertrag/>

Bayer verliert Monsanto Glyphosat-Prozess: Richtungsweisende Entscheidung

Sott.net Mi, 20 Mär 2019 18:04 UTC

Nachdem der deutsche Chemieriese Bayer das amerikanische Monsanto-Unternehmen aufgekauft hat und jetzt versucht, das schlechte Image dieses Konzerns loszuwerden, scheiterte Bayer nun vor Gericht bezüglich des Unkrautvernichtungsmittels Roundup.



© Philippe Huguen/AFP

Der deutsche Chemieriese Bayer hat in den USA eine juristische Niederlage erlitten. Ein Bundesbezirksgericht in San Francisco befand am Dienstag, dass das Unkrautvernichtungsmittel Roundup krebserregend ist. Die Entscheidung gilt als richtungsweisend.

Der Agrarchemie- und Pharmakonzern Bayer hat in den USA einen wichtigen Teilprozess um angebliche Krebsrisiken von Produkten der Tochter Monsanto verloren. Eine Jury des zuständigen Bundesbezirksgerichts in San Francisco befand am Dienstag einstimmig, dass das Unkrautvernichtungsmittel Roundup mit dem umstrittenen Wirkstoff Glyphosat ein wesentlicher Faktor für die Lymphdrüsenkrebserkrankung des Klägers Edwin Hardeman gewesen ist.

~ RT Deutsch

Monsanto war geradezu berühmt-berüchtigt für seine genmanipulierten Waren, die nicht nur zu schweren Gesundheitsschäden bei Menschen geführt haben, sondern auch arme Ackerbauern, nicht nur in Dritte-Welt-Ländern, um ihren Ertrag brachte und sie von ihren Produkten abhängig machte. Dies führte nicht selten zu finanziell nicht tragbaren Lasten für die örtlichen Bauern, trieb sie in den Ruin und nicht selten auch in den Selbstmord.

Der verlorene Prozess von Bayer/Monsanto geht jetzt jedoch in eine weitere Phase:

Damit geht der Prozess nun in eine zweite Phase, in der geklärt werden soll, ob Monsanto über Risiken hinwegtäuschte und wie hoch der mögliche Schadenersatz ausfallen könnte.

Für Bayer ist dieser Fall hochbrisant, **da es sich um einen richtungsweisenden "Bellwether Case" handelt.** Damit ist im US-Recht eine Art Musterfall in einem Massenverfahren gemeint. Mehrere dieser repräsentativen Fälle sind angesetzt. Sie sollen den Streitparteien helfen, das Ausmass von Schäden und die Höhe denkbarer Vergleichszahlungen besser abschätzen zu können. Insgesamt sind bei dem zuständigen US-Richter Vince Chhabria **mehrere Hundert Klagen von Landwirten, Gärtnern und Verbrauchern gebündelt.**

~ RT Deutsch

Quelle: <https://de.sott.net/article/33360-Bayer-verliert-Monsanto-Glyphosat-Prozess-Richtungsweisende-Entscheidung>

FIGU-Informationen hierzu durch einen Auszug aus dem 675. offiziellen Kontaktgespräch vom Mittwoch, den 8. März 2017

Billy

Das Gift Glyphosat ist wieder einmal ein weitverbreitetes Gesprächsthema, weil es verantwortungslos als unschädlich und auch als ungefährlich für Menschen erklärt wird. Es wäre vielleicht gut, wenn du nochmals kurz etwas dazu sagen würdest, denn das wäre sicher wichtig.

Ptaah

Wider alles Leugnen des Herstellers Monsanto, dessen «Fachbeurteilende» und der Regierungen und Gesundheitsbehörden, die das Unkrautvernichtungsmittel resp. Totalherbizid Glyphosat als unbedenklich und nicht gesundheitsschädlich für den Menschen bezeichnen, ist genau das Gegenteil der Fall. Infolge deines Interesses haben wir in grossangelegten Forschungen nachweisen können, dass Glyphosat selbst in geringsten Mengen für Menschen sowie für alle Lebewesen der Fauna lebensgefährdend ist. Allein beim Menschen werden Krebs und viele andere Krankheiten und Leiden durch Glyphosat ausgelöst, wobei aber auch alle Säugetiere und andere Lebensformen in vielfacher Weise gesundheitliche Schäden erleiden, und zwar selbst durch minimalste Mengen des Glyphosats, das ausgesprochen toxisch ist. Auch die pflanzliche Artenvielfalt wird davon beeinträchtigt und mit der Zeit gar zur Ausrottung gebracht. Zudem setzen sich geringste Giftmengen Glyphosat auch in den Pflanzen ab, die als Nahrungsmittel für den Menschen und für Säugetiere usw. dienen, wenn sie mit dem Unkrautvernichtungsmittel behandelt werden. Also finden sich kleinste Mengen toxischer Glyphosatrückstände in für den Menschen natürlichen Nahrungs- und auch in industriemässig hergestellten Lebensmitteln, wie aber auch in Futterpflanzen und Gewässern, die den wildlebenden Lebewesen und Kleinorganismen als Nahrung und Trinkwasser dienen. Auch in allerlei Futtermitteln finden sich Anreicherungen als toxische Rückstände, und zwar insbesondere in Produkten, die in der Landwirtschaft zur Fütterung von Pferden, Rindern, Schweinen und Geflügel genutzt werden. Toxische Glyphosatrückstände sind aber auch enthalten in Futtermitteln für Lebensformen, die von den Erdenmenschen als Hausgenossen gehalten werden, wie Hunde, Katzen, Vögel, Mäuse, Ratten und Hamster usw. Durch die geringen Glyphosatrückstände in den natürlichen Nahrungspflanzen gelangen diese also auf verschiedenen Wegen in die Lebensmittel der Menschen und aller Lebewesen, folgedem auch das Nahrungsfleisch von Schlachttieren kontaminiert ist, das vom Menschen konsumiert wird. Dadurch wiederum entstehen Missbildungen bei Neugeborenen, Fehlgeburten, Nierenschäden, wie aber auch verschiedene Krebsarten. Unseren Forschungen gemäss schädigt Glyphosat die Umwelt und Gesundheit von Mensch, Fauna und Flora in einer Weise, wie dies selbst im Übermass allen anderen bekannten Herbiziden nicht eigen ist. Und wenn es regnet, wird das ausgebrachte Glyphosat von den damit bespritzten Pflanzen und Wegen usw. in die nächsten Abwassergräben, in die Kanalisationen, in Bäche, Weiher und Flüsse gespült, wie es aber auch im Untergrund versickert und das Grundwasser vergiftet, denn Glyphosat ist für Gewässer hochtoxisch. Je nach Dosis vernichtet Glyphosat im Wasser nahezu alles, was darin lebt und wächst – ob nun Fische, Insekten, Molche, Frösche, Libellenlarven, Algen oder Wasserpflanzen, wie aber auch viele Landlebewesen daran zugrundegehen und zumindest krank und siechend werden, wenn sie das mit Glyphosat verseuchte Wasser trinken. Und was die Fauna und Flora tötet, geht auch am Menschen nicht spurlos vorüber, macht ihn krank und leidend, folgedem er durch Glyphosatrückstände an Krebs, Allergien, Seuchen und Krankheiten leidet und elend dahinsiecht. Und in dieser Weise geht es über Jahre hinweg, in denen Glyphosat peu à peu Krebs, Krankheiten, Leiden und Seuchen erschafft. Dazu gehört auch Autismus, der in der Regel bereits in durch Glyphosat verseuchter Nahrung der Mutter im Mutterleib entsteht und dann auch durch die ebenfalls verseuchte Muttermilch vom Neugeborenen aufgenommen wird. Glyphosat betrifft aber nicht nur Landwirte, die ich in bezug auf die Landwirtschaft angesprochen habe, denn es betrifft auch alle Gärtner und Hobbygärtner sowie Eisenbahnarbeiter und Wegwarte usw., die direkt mit Glyphosat hantieren und über Hautporen und unter Um-

ständen auch über den Mund Glyphosat-Rückstände aufnehmen, die sich auch in allen Grundnahrungsmitteln absetzen. So gelangt Glyphosat in Gerste, Hafer, Reis, Roggen und Weizen und über diese auch in viele Mehlprodukte, wie Teig- und Backwaren, so aber auch in Getreideflocken aller Art, wie aber auch in Mais, Soja und Zucker usw. Es sind aber auch Gemüse und Beeren davon betroffen, wie auch das Trinkwasser, weil die toxischen Stoffe, wie schon erwähnt, ins Grundwasser sickern und dieses früher oder später vom Menschen zur Nahrungszubereitung genutzt und auch von allen erdenklich möglichen Lebewesen getrunken wird. Und wenn das Glyphosat vom Menschen durch Nahrung und Trinken auch in nur geringen Mengen aufgenommen wird, zeitigt es früher oder später seine toxische Wirkung, und zwar auch bei Müttern in bezug auf die Muttermilch, durch die bereits Föten im Mutterleib in der einen oder anderen Weise gesundheitlich geschädigt werden, wie auch Fehlbildungen und Fehlgeburten auftreten. Auch Atemwegsbeschwerden und Hauterkrankungen werden durch Glyphosat hervorgerufen, wie auch ein immer mehr überhandnehmender zunehmender Verlust der biologischen Vielfalt, wie etwa das rapide Bienensterben. Glyphosat löst auch chronischen Botulismus bei Rindern aus, eine durch Vergiftung ausgelöste Krankheit, die sowohl den Menschen als auch alle Säugetiere befallen kann. Schon in geringen Mengen schädigen Glyphosat und andere glyphosathaltige Mittel die menschlichen Embryonal- und Plazentazellen sowie die DNA von Menschen, Amphibien, Tieren, Getier, Reptilien, Vögeln, Fischen, sonstiger Wasserlebewesen und allerlei anderen Lebensformen. Im Menschenkörper kann Glyphosat schon innerhalb von nur 24 Stunden zum vollständigen Zelltod führen. Glyphosat ebnet auch den Weg für Alzheimer und Diabetes und, wie schon erwähnt, auch für Krebs und allerlei Krankheiten und Körperseuchen, wie aber auch für Depressionen, Herzinfarkte und Unfruchtbarkeit bei beiden Geschlechtern. Glyphosat hat auch sehr hohe negative Auswirkungen auf die Bodenfruchtbarkeit und die gesamten Bodenorganismen. Auch bestimmte krankheitserregende parasitäre Schimmelpilze werden gefördert, wie Fusarien (Am. Wikipedia: = *Fusarium* ist eine Gattung der Schlauchpilze. Ihre Teleomorphengattung ist *Gibberella*. Ihre Vertreter wachsen meist in pflanzlichem Gewebe, beispielsweise in Lebensmitteln oder Getreide. Viele Arten sind parasitär, wobei sie ihren Wirt töten. Die Erkrankung wird als Fusariose bezeichnet. <http://de.wikipedia.org/wiki/Fusarien>), die ihren Wirt töten. Mikronährstoffe können von den Mikrolebewesen und Pilzen nicht mehr aufgenommen und die Krankheitsabwehr von Pflanzen nicht mehr gewährleistet werden, wodurch auch die für die Durchlüftung von Böden unverzichtbaren Regenwürmer verenden oder diese mit Glyphosat verseuchten Böden meiden. Glyphosat tritt im Urin von Menschen und Tieren und anderen Lebewesen vielfältiger Arten in Erscheinung, und zwar selbst dann, wenn diese nicht direkt beim Spritzen von Pflanzen und Böden mit giftigen Wasserrückständen usw. oder geradezu mit Glyphosat in Kontakt gekommen sind. Es gibt einen klassischen resp. akuten Botulismus und einen chronischen oder viszeralen Botulismus, wobei beide Formen durch Gifte des Bakteriums *Clostridium botulinum* zustande kommen, wobei besonders das Nervengift *BoNT* resp. Neurotoxin von enormer Bedeutung und das stärkste Gift überhaupt ist. Rein theoretisch gesehen würde eine Menge von nur 40 Gramm genügen, um die gesamte irdische Menschheit zu vernichten. Werden die Symptome des Botulismus bei erkrankten Rindern betrachtet, dann treten in auffälliger Weise Auszehrung resp. eine lebensbedrohliche Abmagerung, wie auch ein Leistungsabfall in Erscheinung, wie z.B. bei Schwindsucht resp. Tuberkulose und Krebs. Weitere Symptome sind ein Entenlauf, der auch als Watschellauf genannt wird, wie auch ein hochgezogener Bauch, Torkeln und eingeschränkte Reflexe, wobei auch ein gestörtes Trinkverhalten und andauernder Speichelfluss typisch sind, wie auch Labmagenverlagerungen und nicht heilende Hautwunden sowie Pansenlähmungen resp. Lähmung des grössten der drei Vormägen, der als grosse Gärkammer dient. In erster Linie vermehren sich Botulismus-Bakterien in Fleisch und Pflanzen, wenn diese der Fäulnis verfallen. Werden von Rindern solche Bakterien durch Nahrung aufgenommen, die mit dem Nervengift *BoNT* durchsetzt ist, dann ergibt sich ein Fall von klassischem Botulismus. Chronischer Botulismus ergibt sich zunächst allein durch die Sporen der Botulismus-Bakterien, wenn diese mit Nahrung aufgenommen und erst im Darmtrakt zu wirken und auszukeimen beginnen. Die an chronischem Botulismus durch chronische Glyphosat-Vergiftung erkrankten Rinder werden zu Dauerausscheidern von Sporen der Botulismus-Bakterien. Dadurch entsteht auch für nicht erkrankte Tiere ein erhöhtes und dauerhaftes Infektionsrisiko, wodurch auch die Landwirte, andere Menschen und weitere Lebewesen infiziert werden können. Beim Menschen drohen im Fall einer Infektion Augenliderschwere, Muskelschwäche, Schluckbeschwerden, wie ein Kloss im Hals, häufiger Harndrang mit weiterbestehendem Restharnfühlen. Durch Glyphosat werden beim Menschen, bei Rindern und bei allen Lebensformen überhaupt gesundheitsfördernde Bakterien in Magen und Darm abgetötet, folgedem also eine starke Schädigung der Darmflora in Erscheinung tritt, wodurch Bakterien aller Art, besonders eben das Botulismus-Bakterium, nicht mehr ausreichend abgewehrt werden können.

Billy

Die Politik tut aber nichts dagegen, folglich die Aussichten auf eine effective Gefahreinstufung in bezug auf Glyphosat und damit ein entsprechendes Verbot des gefährlichen Wirkstoffs überhaupt nicht in Betracht gezogen wird. Ernüchternd ist dabei, dass Monsanto und dem Gros der Gesundheitsforscher, Poli-

tiker und Regierenden bereits seit rund 20 Jahren bekannt ist, dass Glyphosat lebensgefährliche Stoffe für alle Lebewesen enthält. Dies wird jedoch verantwortungslos bagatellisiert oder grundlegend bestritten, folgedem weiter viele Menschen an Krebs und an anderen Krankheiten und Leiden dahinsiechen und sterben, wie auch viele Geburtsmissbildungen durch Glyphosat entstehen. Insgesamt gesehen tut sich bisher politisch kaum etwas resp. überhaupt nichts, um das Glyphosat grundsätzlich zu verbieten, folgedem nur gemutmasst werden kann, ob überhaupt jemals ein Verbot dafür zustande kommt. Tatsache ist nämlich, dass viele der Politiker, Kommissionsmitglieder und hochrangigen Angestellten, die über solche Dinge zu entscheiden haben, wie für genetisch veränderte Futtermittel und Lebensmittel, in enger Verbindung zur Agroindustrie stehen und für ihre Befürwortung der Produktion und des Verkaufs von Glyphosat usw. horrend bezahlt werden. Wird dabei der Blick auf diese Politiker, Kommissionsmitglieder und hochrangigen Angestellten gerichtet, die für das Glyphosat und andere toxische Pflanzenschutzmittel und deren Rückstände stimmen, dann zeigt sich klar und deutlich, dass gewisse dieser Befürworter unter anderem eng mit den Toxine-Herstellern verbunden sind oder waren, wie mit den Grosskonzernen BASF, Bayer, Monsanto und Syngenta usw. Und das sind Konzerne, die sich massiv gegen ein Verbot bestimmter Pestizide einsetzen und die allesamt auch glyphosathaltige Mittel in ihren Produktpaletten führen. Wird dabei beachtet, dass allein Monsanto mit seinem glyphosathaltigen Produkt «Roundup» einen Umsatz von 2 Milliarden US-Dollar macht, dann dürfte absolut klar sein, dass auch alle weiteren Agrokonzerne und ihre Konzernvertreter grosse Vermögen verdienen und allein schon daher ein Verbot dieses Wirkstoffs zu verhindern suchen. Allein eure Erkenntnisse sprechen ein absolut klares Wort, dass das Pflanzenvernichtungsmittel Glyphosat als hoch lebensfeindlich und gar tödlich für den Menschen, die Fauna und Flora und damit für die ganze Mitwelt ist. Dass aber bisher aus politischer Sicht noch nicht ausreichend etwas geschehen ist, um das Glyphosat in seiner Produktion, im Verkauf und Gebrauch zu verbieten, das kann effektiv als politisches Versagen bewertet werden. Es ist einfach unverständlich, dass glyphosathaltige Mittel trotz aller negativen Anzeichen weiter massenhaft produziert, verkauft und ausgebracht werden dürfen, obwohl ein sofortiger Produktions-, Verkaufs- und Nutzungsstopp die einzige richtige Massnahme sein muss, die in Betracht gezogen werden kann.

Ptaah

Tatsache ist, dass unsere Forschungen eindeutig beweisen, dass Glyphosat gesundheitliche und weitere Schäden und gar den Tod von Menschen und der Fauna und Flora nach sich zieht.

Billy

Den Interessen der Landwirtschaft und der Grossgärtnereien dürften keine wirtschaftliche Vorränge mehr eingeräumt, sondern es müsste überall dort sofort gehandelt werden, wo Glyphosat schon seit langem grosse Schäden an der Fauna und Flora angerichtet hat und auch jetzt zunehmend Schäden anrichtet, wie vor allem in bezug auf die Gesundheit der Menschen. Ein sofortiger Stopp der Produktion, des Verkaufs und des Einsatzes von Glyphosat ist von äusserster Dringlichkeit, denn behandelte Nahrungsmittel und Futtermittel bringen Tod, Ausrottung von Fauna und Flora sowie Verderben. Nicht zuletzt muss auch das gesamte Polit-System in Frage gestellt werden, das seine Verantwortung nicht wahrnimmt und es zulässt, dass Monsanto und die gesamte Giftwirtschaft Druck auf die Landwirte und Grossgärtnereien ausübt, damit diese immer höhere Erträge, wie auch Monsanto und andere Giftkonzerne immer horrendere Gewinne erzielen – ohne Rücksicht auf die Menschen, die Natur, deren Fauna und Flora, die Gewässer und die gesamte Mit- und Umwelt



“
Unser natürlicher Vorteil sind unsere massiven natürlichen Ressourcen. Die müssen wir zur Steigerung der Produktion von ökologisch sauberen Produkten einsetzen. Wir werden eine geschützte Marke für [ökologisch] saubere, qualitativ hochwertige Bio-Produkte schaffen. Sie wird den Ruf hoher Qualität sowohl auf dem inländischen als auch auf dem ausländischen Markt genießen. Vertrauen Sie mir, diese wird im Ausland eine extrem hohe Nachfrage haben, denn dort gibt es kaum noch etwas Sauberes.

Wladimir Putin
 Rede zur Lage der Nation, 20.02.2019
Bildquelle: GlobalLookPress

RT
 DEUTSCH

Der Globale Migrationspakt wird verbindlich!

Autor Vera Lengsfeld Veröffentlicht am 21. März 2019

Erinnern Sie sich noch an den Globalen Migrationspakt, der Ende letzten Jahres klammheimlich an der Öffentlichkeit vorbei in Marrakesch verabschiedet werden sollte? Als das nicht klappte, weil der Text doch in die Öffentlichkeit gelangte und dort erhebliche Widerstände auslöste, wurden wir mit dem Hinweis beruhigt, es handle sich lediglich um eine unverbindliche Absichtserklärung. Nun arbeitet die EU daran, diesen Pakt verbindlich zu machen, auch für alle europäischen Länder, die ihn abgelehnt haben. Wie der Globale Pakt für Migration für alle Staaten der EU verbindlich werden soll, beschreibt unser Gastautor M.M.:

Die Antwort der Bundeskanzlerin auf die Frage des AfD-Abgeordneten Martin Hebner war schon im Dezember letzten Jahres eindeutig. Sie sagte im Zusammenhang mit der Rechtsverbindlichkeit des „Globalen Paktes für Migration“: „...Und diese Abstimmung muss dann so sein, dass zwei Drittel der vertretenen Länder der Vereinten Nationen dem zustimmen, und dann ist es für alle gültig. Das ist nun mal so, wenn es um Mehrheitsentscheidungen geht.“

.Bis dahin hatte niemand eindringlicher als Merkel betont, dass der Pakt nicht bindend sei. Der Bundestag

hatte dies gerade nochmals festgestellt. In einem Nachhall von Verwirrung fragten sich viele Beobachter, ob die Wörter „gültig“ und „verbindlich“ wirklich semantisch so weit auseinanderliegen? So geht Glaubwürdigkeit also: Der Pakt ist nicht bindend aber er ist für alle gültig.

Ein paar Tage später sorgte der UN-Sprecher für den nächsten Riss im Narrativ der Unverbindlichkeit. Er stellte in Marrakesch klar: *“Due to the legally binding nature of the document it’s for the participating states to implement the GCM at the national level. (Wegen der rechtlich bindenden Natur des Paktes ist es jetzt an den Mitgliedsstaaten, den GCM auf nationaler Ebene umzusetzen.)”* Seltsamerweise haben die Medien das wenig registriert, mehrheitlich war man geradezu froh, das Thema GCM nun im sicheren Hafen zu wissen. Warum also nochmals Wasser in den Wein giessen?

Letzte Woche nun tauchte – zuerst in Ungarn – ein vertrauliches Rechtsgutachten der EU-Kommission, datiert vom 1. Februar 2019, auf, welches den Globalen Pakt mit allerlei Kniffen und Hebeln in europäisches Recht umzusetzen gedenkt. Gegen die vollmundigen Erklärungen, er sei „rechtlich nicht bindend“ und vor allem auch an jenen Staaten vorbei, die ihn definitiv nicht angenommen haben. Wir erinnern uns: Am 19. Dezember hatten nur 152 Staaten in der UN-Generalversammlung positiv votiert, 24 waren der Abstimmung ferngeblieben, 17 waren dagegen oder enthielten sich. Alles in allem waren vor allem potenzielle Zielländer und solche mit jahrzehntelanger Expertise in Sachen Migration und Zuwanderung dagegen.

In der Zusammenfassung des vertraulichen EU-Papiers heisst es nun: *„In Übereinstimmung mit dem Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit sollten die Mitgliedstaaten die Verwirklichung der Ziele der Union, einschliesslich der Umsetzung des GCM, erleichtern. Gleichzeitig sollten sie von Massnahmen absehen, die die Erreichung dieser Ziele gefährden könnten.“* Des weiteren *„hat die Verabschiedung des GCM Auswirkungen auf die finanzielle Unterstützung der Europäischen Union an Drittländer. Dies bedeutet, dass der GCM ein fester Bestandteil der Positionen der Union in der Entwicklungszusammenarbeit ist.“*

Es geht um sehr konkrete Rechtsfolgen des GCM für das EU-Recht, und es fällt gleich auf, dass der Text einen merkwürdigen Schlenker macht zu der Feststellung in Art. 208 Abs. 1, das Ziel der EU-Entwicklungshilfepolitik sei die Bekämpfung und „auf längere Sicht“ Beseitigung der Armut. Aber: Über „Armut“ steht ja eigentlich im GCM nicht viel, dort steht eher, Migration habe es schon immer gegeben, sie sei für alle Seiten gut und die Migranten müssten überall im Wesentlichen die gleichen Rechte haben wie Einheimische. Hier wird also unter der Hand einfach so getan, als habe die EU den Global Compact in New York angenommen – was schon formal nicht stimmt – und die Tatsache, dass einige ihrer Mitgliedsstaaten ganz demokratisch den Pakt ablehnen, spiele nur eine zu vernachlässigende Rolle. Weil der GCM Teil des geltenden Europarechts sei, auch im Hinblick auf Mitgliedstaaten, die dagegen gestimmt oder sich enthalten haben, ist dieses Dagegensein und selbst eine Enthaltung ein Verstoss gegen das Gebot der Unionstreue. Demokratie als feindlicher Akt gewissermassen.

Der Völker- und Europarechtler Ulrich Vosgerau erklärt dazu: *„Juristisch gesehen ist dieses Dokument vollkommen wahnhaft und methodisch nicht nachzuvollziehen. Es handelt sich um keine fachlich vertretbare oder auch nur nachvollziehbare Auslegung oder Anwendung des geltenden Unionsrechts.“*

Das Aussenamt der Republik Österreich reagierte am 18. März mit einer Protestnote an die EU. Sie stellt klar, dass die EU nicht das Recht besitzt, sich gegen die österreichische Entscheidung der Nichtannahme des Globalen Paktes zu stellen. „Das Prinzip der Kooperation kann nicht so interpretiert werden, dass internationale Texte auch für die Länder implementiert werden, die diesen ausdrücklich nicht zugestimmt haben.“ Eine weitere Selbstverständlichkeit findet sich am Schluss: Die UN-Generalversammlung hat keinen rechtssetzenden Charakter.

Es bleibt abzuwarten, wie sich andere EU-Länder dem Versuch, souveräne nationale Entscheidungen zu unterlaufen, entgegenstellen werden. Im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament brauchen die Bürger Klarheit. Die EU verhält sich einstweilen so, wie Kritiker ihr immer wieder vorhalten: undemokratisch.

Quelle: <https://vera-lengsfeld.de/2019/03/21/4242/#more-4242>

So, 24. März 2019    



Das freie Wort

Kollaps der Ökosysteme droht

Der Mensch weigert sich zu erkennen, dass alle bisher gegen die Erderwärmung, gegen zunehmende Naturkatastrophen, gegen Hunger, Wasserknappheit, Versteppung, das Sterben der Meere und Ozeane, die Vermüllung und Verseuchung von Erde, Luft und Wasser unternommenen Beschlüsse, Konferenzen, Gesetze und alle sonstige Maßnahmen ausnahmslos völlig sinn- und zwecklose Symptombekämpfungen sind, die niemals zu dem gewünschten Ziel führen können, die Zerstörungen der Erde aufzuhalten. Dies darum, weil alle Beschlüsse, bevor sie auch nur in die Tat umgesetzt werden können, sofort wieder Makulatur sind, weil inzwischen wieder viele Millionen neue Menschen geboren werden, die die eigentliche Ursache des Übels stetig weiter vergrößern und verschlimmern. Der Mensch verhält sich dabei wie die griechische Mythologiefigur Sisyphos, der von Hermes für seinen Frevel in die Unterwelt gezwungen wurde, wo er zur Strafe einen Felsblock auf ewig einen Berg hinaufwälzen muss, der, fast auf dem Gipfel, jedes Mal wieder ins Tal rollt. So kann die Lösung aller großen Probleme des Erdenmenschen nur heißen: weltweite restriktive klar geregelte und zugleich humane Geburtenkontrollen, wodurch sich die Bevölkerungszahl der Erde von derzeit fast neun Milliarden Menschen (inklusive der hohen Dunkelziffer der nicht gezählten Menschen) wieder auf ein einigermaßen erträgliches und naturnormales Maß von 1,5 Milliarden oder darunter zubewegen kann.

Achim Wolf, Mannheim (D)
Erschienen am Sa, 23.3.2019

Innere Werte

Wahrlich, das Leben ist Kampf, eine sich immer wiederholende Auseinandersetzung mit dem eigenen Selbst. Dazwischen versuchen sich überdeckend und vordergründig immer wieder die ablenkenden aktuellen Ereignisse zu schieben, doch der eigentliche Grund bricht immer wieder unaufhaltsam durch; übertönt, überdeckt, abgelenkt, überladen, vollgeschüttet ..., er ist immer da, bereit, durch den aufgehäuften Wirrwarr durchzubrechen und, wenn es auch manchmal nur andeutungsweise ist, sein Lächeln zu zeigen, das über allem steht, unverwundbar, erhaben, herabschauend, wie der Mensch sich erniedrigt, sich selbst zu Staub machend.

Das Selbst des Menschen ist die kostbarste Perle, der allergrösste Schatz, der verborgene, den er mit sich herumträgt, in seinem Innersten, in seinem Selbst – als Stein der Weisen. Er ist Silber und Gold und besteht doch nicht daraus, er spricht zum Menschen selbst – und fast immer hört ihn der Mensch nicht. Er ist das ewige Licht, das Licht der Allgroszeit – in aller Dunkelheit und Finsternis, die den Menschen umgibt. Er will den Menschen zum König machen – doch der Mensch vergewaltigt ihn. Die Sehnsucht aller Menschen sucht ihn krampfhaft ausserhalb sich selbst. Und doch, er ist ganz nah – in jedem einzelnen Menschen.

Die Vereinigung mit ihm macht den Menschen erst zeugungsfähig, und mit ihm kann er alles erschaffen. Doch immer nur einzelne waren es jeweils in den Jahrtausenden, die sich mit ihm verbanden und dadurch grosse Erkenntnisse für alle schufen, die die Ursachen der Weiterentwicklung waren.

Die Impulse und Antriebe formten die irdische Welt und Umwelt, gestalteten um und schufen dadurch immer bessere äussere Bedingungen, während die inneren verkümmerten und zum Verschwinden gebracht wurden. In der heutigen Neuzeit wird allmählich wohl oder übel eine Umkehrbewegung notwendig, die zu den inneren Werten und unvergänglichen Schätzen zurückführt, die der Mensch sehr, sehr lange ausserhalb seines Selbst gesucht hat. Das richtige Mass ging dem Menschen dabei verloren, und er muss es wieder zu finden erlernen, um alle Extreme ausgleichen zu können und endlich zum Wesentlichen vorzustossen, das der Grund ist, weshalb der Mensch hier auf dieser Welt lebt. Mögen dabei alle diejenigen, die sehr viel weiterblicken, von den Nachzüglern anerkannt und respektiert werden.

Beinahe unendlich gross ist die Zahl aller derer, die sich irren und immer wieder irren. Und es fragt sich dabei, wie viele Irrungen und Verirrungen noch notwendig sind, bis auch der allerletzte Mensch der Erde endlich begriffen hat, wohin der Weg eigentlich führen soll und wahrheitlich auch führt.

Tatsächlich, wahrheitlich, wahrlich: Das Leben ist Kampf, auch in der Freude und in der Liebe.

Vergessen dürfen wir nur manchmal und uns ganz in den Bann der Aktualität schlagen lassen, ganz fasziniert vom ewigen Werden und Vergehen, vom Auf und Ab und Hin und Her aller notwendigen Bewegungen, die umformend sind und die dabei auch den Menschen nicht ausnehmen. Die einzige Hoffnung ist das Unentrinnbare und das höhere, freudige Ziel des Hinübergehens in die nächsthöhere Klasse, wo der Unterricht und die praktische Bewährung weitergehen. Daher sei dir gesagt, der du diese Worte liest, Mensch der Erde: Tue jetzt und gerade hier, in diesem Moment, deine Pflicht und gebe dich hin an das Anstehende.

Begnadete Kunst gestattet dir, Erdenmensch, einige wenige flüchtige Blicke in die Schönheit des Geistes, dessen Empfindungen du manchmal für dich in gewissen Momenten erhaschen darfst. Dazu aber ist die beschwingte, leichte Art, diese lockere, unverkrampfte Art zu sein, eine dringende Voraussetzung.

SSSC, 21. Juli 1979, 3.17 h, Billy

IMPRESSUM

FIGU-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint zweimal monatlich auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>

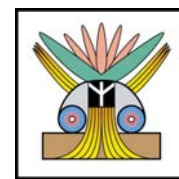


© FIGU 2019

Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders
angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz